

# ANTIZIGANISMUS GEGEN UKRAINISCHE ROMA-GEFLÜCHTETE IN DEUTSCHLAND

*Bericht der Melde- und Informationstelle  
Antiziganismus / MIA*





# ANTIZIGANISMUS GEGEN UKRAINISCHE ROMA-GEFLÜCHTETE IN DEUTSCHLAND

*Bericht der Melde- und Informationstelle  
Antiziganismus / MIA*





# INHALT

▶ ZUSAMMENFASSUNG .....	6
▶ EINLEITUNG .....	8
EXKURS: Diskriminierung von Roma in der Ukraine .....	9
▶ ANERKENNUNG VON UKRAINISCHEN ROMA ALS GEFLÜCHTETE IN DEUTSCHLAND GEMÄSS RICHTLINIE 2001/55/EG .....	12
▶ ANTIZIGANISTISCHE MEDIALE UND POLITISCHE DISKURSE IM RAHMEN DES UKRAINE-KRIEGES .....	17
▶ ANTIZIGANISTISCHE MOBILISIERUNG .....	22
▶ ANTIZIGANISTISCHE HANDLUNGEN GEGENÜBER AUS DER UKRAINE GEFLÜCHTETEN ROMA .....	24
Transportwesen, Deutsche Bahn .....	24
Polizei und Verwaltung .....	26
Unterbringung und Zugang zu Wohnraum .....	27
Anerkennung und Zugang zu Sozialleistungen .....	30
Antiziganismus in der Sozialen Arbeit .....	31
Gesundheitsversorgung und Schulwesen .....	32
▶ HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN .....	36
▶ QUELLENVERZEICHNIS .....	38

# ZUSAMMENFASSUNG

► Die Diskriminierung und Benachteiligung von ukrainischen Roma, die seit Februar 2022 vor dem russischen Angriffskrieg aus ihrem Heimatland nach Deutschland flüchteten, sind Realität. Sie sind von Praktiken und Diskursen betroffen, die vom hierzulande tief verwurzelten Antiziganismus geprägt sind. Dies zeigt sich in dem vorliegenden Monitoringbericht der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus MIA an dem fehlenden oder eingeschränkten Zugang dieser Menschen zu Aufenthaltstiteln, menschenwürdigem Wohnraum, zu Bildung, Sozialleistungen und zu weiteren Hilfs- und Dienstleistungen.

Obwohl geflüchtete Roma dieselben Rechte und denselben rechtmäßigen Anspruch auf Unterstützung haben wie ihre ukrainischen Landsleute, die ebenfalls Schutz in Deutschland suchen, werden ihnen diese oft verwehrt.

Diese Tatsache ist antiziganistischen Diskursen in Politik, Medien und Gesellschaft geschuldet, die sich seit Jahrzehnten gegen zugewanderte und geflüchtete Roma richten. Seit den Fluchtbewegungen im Zuge der Jugoslawien-Kriege und der Krisen in anderen post-sozialistischen Staaten in Osteuropa seit den 1990er Jahren und der Zuwanderung von EU-Bürger\_innen unter anderem aus Rumänien und Bulgarien wird Roma pauschal vorgeworfen, nach Deutschland zu kommen, um hier Sozialleistungen zu missbrauchen. Dieses antiziganistische Narrativ wird seit der Massenflucht aus der Ukraine erneut von einigen Medien und in der Politik verbreitet. Das gilt insbesondere, aber nicht nur, für die AfD. Dieses Narrativ hat unter anderem Auswir-

kungen auf das Handeln von Behörden sowie in der Verwaltung gegenüber ukrainischen Roma.

So werden Roma aus der Ukraine, die eine ukrainisch-ungarische Doppelstaatsbürgerschaft besitzen, nach Aufforderungen von Bundes- und Landesbehörden, die seit dem Herbst 2022 an die zuständigen untergeordneten Behörden ergangen sind, die Flüchtlingseigenschaft und Unterstützung nach § 24 Aufenthaltsgesetz verweigert. Die Betroffenen werden nicht als ukrainische Kriegsflüchtlinge mit einem freien Zugang zur Krankenversicherung, zum Bürgergeld, zu Schulen und zum Arbeitsmarkt, sondern als EU-Bürger\_innen behandelt, denen keine Unterstützung zusteht. Ebenfalls ausgeschlossen von einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Aufenthaltsgesetz sind zumindest zeitweise alle geflüchteten Roma aus der Ukraine, die verdächtigt werden, ihre doppelte Staatsbürgerschaft zu verheimlichen oder ihren Pass gefälscht zu haben, ohne dass es für diesen Verdacht konkrete Anhaltspunkte gibt.

Sie sind aufgefordert, weitere Belege für ihre ukrainische Herkunft vorzulegen. In Einzelfällen wurde ihnen keine Frist hierfür eingeräumt und sie sofort zur Ausreise zurück in das Kriegsgebiet aufgefordert.

Für die untergeordneten Behörden besteht wegen der Aufforderungen von Bundes- und Landesbehörden kein oder kaum noch Spielraum, den betroffenen Roma schnell eine Unterstützung nach § 24 Aufenthaltsgesetz zu ermöglichen, wie es in den ersten Monaten nach dem russischen Überfall auf die Ukraine noch der Fall war.

Somit hat sich der Umgang mit ukrainischen Roma in der Bundesrepublik Deutschland verschärft, nachdem der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus MIA bereits kurz nach Kriegsbeginn zahlreiche antiziganistische Vorfälle gemeldet wurden, die auf institutionellen und strukturellen Antiziganismus in der Polizei, bei der Deutschen Bahn, in der Verwaltung, in der Sozialen Arbeit sowie im Bildungssektor schließen lassen. Dort werden antiziganistische Narrative reproduziert. Angehörige der Minderheit werden pauschal mit Diebstahl, Betrug, Vermüllung im Umfeld der Flüchtlingsunterkünfte, Bildungsferne und allgemein einem „unangepassten Verhalten“ in Verbindung gebracht. Als Erklärung hierfür dienen angebliche kulturelle Eigenschaften, die der gesamten Minderheit von außen zugeschrieben werden.

Der institutionelle und strukturelle Antiziganismus führt zu Separationen bei der Unterbringung von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine. Es kam und kommt immer wieder zu direkten antiziganistischen Vorfällen durch Beschäftigte in den Flüchtlingsunterkünften und ehrenamtliche Helfende. Auch dort eingesetzte Pädagog\_innen verbreiten antiziganistische Stereotype über angeblich „unhygienisch“ lebende Roma. Außerdem hat MIA antiziganistische Beleidigungen und Diskriminierungen durch andere Ukrainer\_innen dokumentiert, die sich oft weigern, gemeinsam mit Roma in einer Unterkunft zu leben.

Ihnen wird in diesen Einrichtungen vom Sicherheitspersonal der Zugang zu Hilfsgütern, darunter auch für die Gesundheitsversorgung, erschwert. Vor allem Roma sind dazu gezwungen, länger in diesen schlecht ausgestatteten Turnhallen und Messehallen zu verbleiben als Ukrainer\_innen, die der Mehrheitsgesellschaft angehören. Der wichtigste Grund für diesen Umstand ist nicht der allgemeine Mangel an

Wohnraum in Deutschland, sondern der diskriminierende Umgang der Behörden mit Angehörigen der Minderheit.

Ein Ausschluss findet auch im Bildungsbereich statt. MIA wurden sowohl direkte antiziganistische Diskriminierungen durch Schulpersonal und Lehrer\_innen als auch Vorfälle von institutioneller und struktureller Diskriminierung im Hinblick auf die Aufnahme in Schulen gemeldet. Wegen der Segregation beziehungsweise der zumindest zeitweise nicht stattfindenden Beschulung haben diese Kinder geringere oder gar keine Chancen, erfolgreich am deutschen Bildungssystem teilzuhaben.

Die Eltern werden in vielen Fällen nicht über die Möglichkeiten eines Schulbesuchs ihrer Kinder beraten und informiert. Hinter dieser Praxis steckt oft die antiziganistische Unterstellung, dass Roma allgemein kein Interesse an (Schul-) Bildung hätten und ihre schulpflichtigen Kinder nur schwer oder gar nicht in den Schulbetrieb und -ablauf integrierbar seien.

Der strukturelle, institutionelle und direkte Antiziganismus führt dazu, dass einige Betroffene gezwungen sind, in die Ukraine zurückzukehren. Manche fuhren wegen der extrem schlechten Behandlung kurz nach ihrer Ankunft am Berliner Hauptbahnhof durch Polizeibeamt\_innen, manchmal inklusive körperlicher Gewalt, zurück nach Polen und von dort wieder in die Ukraine.

Auch die schlechten Lebensbedingungen in den ihnen in Deutschland zugewiesenen Flüchtlingsunterkünften verstärken den Druck, die Bundesrepublik wieder in Richtung Heimatland zu verlassen. Dabei sind die Betroffenen dort nicht nur wegen des Krieges bedroht, sondern auch durch Diskriminierung und Ausgrenzung sowie durch die Gewalt, die in den vergangenen Jahren von rechtsradikalen Gruppen ausgeübt wurde.

# EINLEITUNG

► Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 sind nach Schätzungen der Europäischen Union bis zu 100.000 (Europäische Kommission, 2022, 8. April) Roma aus der Ukraine geflüchtet. Anderen ukrainischen Geflüchteten – und wir unterstützen dies ausdrücklich – wurde und wird eine bis zu diesem Zeitpunkt kaum vorstellbare, oftmals unbürokratische, staatliche und individuelle Unterstützung zuteil. Geflüchtete Roma sind hingegen bereits in der Ukraine, auf der Flucht, bei ihrer Ankunft und während ihres Aufenthalts in Deutschland mit verschiedenen Erscheinungsformen des Antiziganismus konfrontiert.<sup>1</sup>

- 1 Die Melde- und Informationsstelle MIA hat eine Arbeitsdefinition des Antiziganismus erarbeitet. Darin berücksichtigt sind die Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), das „Grundlagenpapier Antiziganismus“ der Allianz gegen Antiziganismus sowie der Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus „Perspektivwechsel. Nachholende Gerechtigkeit. Partizipation“ (2021). In gekürzter Form lautet die Arbeitsdefinition:  
*Antiziganismus beschreibt die gesellschaftlich tradierte Wahrnehmung von und den Umgang mit Menschen oder sozialen Gruppen, die als „Zigeuner“ konstruiert, stigmatisiert und verfolgt wurden und werden. Antiziganismus ist in der Gesellschaft historisch verankert, hat sich über Jahrhunderte entwickelt, dabei verschiedene Formen angenommen und ist heute vorwiegend rassistisch begründet. Antiziganismus zeigt sich in individuellen Äußerungen und Handlungen sowie institutionellen Politiken und Praktiken. In Diskursen werden antiziganistische Vorurteile tradiert, verfügbar gemacht und verfestigt. Antiziganismus dient dazu, Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu stabilisieren, festzuschreiben und zu reproduzieren.*

Der vorliegende Monitoringbericht der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) macht auf die Situation der von institutionellem, strukturellem und unmittelbarem Antiziganismus Betroffenen aufmerksam, die aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet sind. Antiziganismus ist nicht nur ein deutsches, sondern auch ein europäisches Phänomen und der Einfluss antiziganistischer Diskurse und Praktiken auf die Lebensrealität der Betroffenen grenzüberschreitend. Dadurch wiederholen und verstärken sich die Diskriminierungserfahrungen für die Geflüchteten. Es zeigt sich, wie tief die antiziganistischen Diskurse über den „Missbrauch des Sozialsystems“, die „nicht mögliche Integration“, die „Bildungsferne“, die Roma zugeschrieben werden, und das allgemeine Misstrauen gegenüber sogenannten „Großfamilien“ individuell, institutionell und strukturell, in die deutsche und die ukrainische Gesellschaft, eingeschrieben sind. In den Medien, besonders den Internetdiensten, werden diese Diskurse immer wieder aktualisiert und verstärkt.

Als Folge dieser antiziganistischen Narrative wird geflüchteten Roma pauschal die „Ausbeutung des deutschen Wohlfahrtsstaates“ vorgeworfen. Es zeigt sich – wie der Konfliktforscher Andreas Zick bereits wenige Monate nach Kriegsausbruch befürchtete –, dass „[...] gerade gegenüber Roma und Sinti tief verwurzelte Vorurteile und Stereotype bestehen, die sehr stabil sind und immer wieder hervorkommen. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn Konflikte auftauchen, wie zum Beispiel um Belastungen und Ressourcen. [...] Und dann denken Menschen, wem

sollte zuerst geholfen werden. Wir bilden Hierarchien über Gruppen und aktivieren Vorurteile“ (Schnadwinkel, 2022). Parallel erfolgt eine Ethnisierung sozialer Probleme, indem Roma für tatsächliche oder angebliche mangelnde Bildung oder fehlende Dokumente verantwortlich gemacht werden. Dabei liegen die Ursachen hierfür in antiziganistischen Strukturen und Vorurteilen.

Der vorliegende Bericht wurde von der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus mit Hilfe von primär vier unterschiedlichen Informationsquellen erstellt. Diese umfassen zum einen Vorfälle mit antiziganistischem Hintergrund gegenüber ukrainischen Geflüchteten, die MIA gemeldet wurden. Die außerordentlich hohe Anzahl von Presseartikeln als zweite Informationsquelle machte eine Auswahl notwendig. Diese bildet nur einen Bruchteil der in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen antiziganistischen Vorfälle ab.

Weitere Quellen sind die von der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus Sachsen (Romano Sumnal, 2022) und der Dokumentati-

onsstelle Antiziganismus (DOSTA) Berlin (Amaro Foro, 2023) publizierten Berichte zur Situation der aus der Ukraine geflüchteten Roma. Als letzte Informationsquelle schließlich dienten Gespräche und halb-strukturierte Interviews mit relevanten zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen, haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden in Flüchtlingsunterkünften sowie Mandatsträger\_innen der öffentlichen Verwaltung und der Kommunalpolitik. Ein Großteil der verwendeten Informationen, ebenso wie die Identität der Informant\_innen sowie von Antiziganismus Betroffenen, werden aus Datenschutzgründen anonymisiert wiedergegeben. In diesem Bericht aufgeführte antiziganistische Vorfälle, die nicht mit einem Quellenverweis gekennzeichnet oder anderweitig erläutert sind, beziehen sich immer auf Vorfälle, die MIA gemeldet wurden.

Die in diesen Bericht aufgenommenen Vorfälle antiziganistischer Praktiken und Diskurse beziehen sich auf Ukrainer\_innen bzw. auf wegen des Krieges aus der Ukraine geflüchtete Menschen anderer Nationalitäten, die von der Mehrheitsgesellschaft als Roma gelesen wurden und werden.

## ▶ EXKURS: Diskriminierung von Roma in der Ukraine

Laut der öffentlichen Statistik, basierend auf der letzten Volkszählung im Jahr 2001, haben sich zu diesem Zeitpunkt 47.600 Personen in der Ukraine selbst als Roma bezeichnet. Unabhängige Schätzungen, die der Realität nahekommen, gehen von bis zu 400.000 über das Land verteilten Roma aus (European Roma Rights Centre [ECCR], 2020).

Der signifikante Unterschied zwischen den in der Volkszählung erfassten und tatsächlich in der Ukraine lebenden Roma spiegelt ihre allgemeine Diskriminierung in der ukrainischen Gesellschaft wider. Im Jahr 2017 haben laut Schätzungen 10–17% aller Roma in der Ukraine ihr gesamtes Leben ohne jegliche Identitätsdokumente verbracht. In einer Erhebung des Euro-

pean Roma Rights Centres (ECCR 2020, S.10) in drei Roma-Gemeinden sagten 30–40% der Befragten aus, dass ihnen mindestens eines der relevanten Dokumente – Geburtsurkunden, interne Reisepässe (die als Ausweisdokument dienen) oder eine Wohnsitzregistrierung – fehlten. Ohne diese Personaldokumente wird der Zugang zu Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Wohnen, Gesundheitsversorgung und anderen Formen der sozialen Sicherheit sowie zu Beschäftigung stark erschwert bis unmöglich gemacht. Ebenso ist es für die Betroffenen nicht möglich, ihr Recht wahrzunehmen, bei Wahlen ihre Stimmen abzugeben. Es sind Fälle bekannt, in denen die passausstellenden ukrainischen Behörden nach Gründen suchen, die Ausstellung eines Passes zu verweigern, anstatt den Roma zu helfen, diesen Pass zu bekommen. In einem Bericht des Committee of Experts on Roma and Traveller Issues (CAHROM) aus dem Jahr 2017 wird die antiziganistische Einstellung der Behördenmitarbeiter\_innen als Grund für dieses Verhalten genannt (CAHROM, 2017).

Eine beträchtliche Anzahl von Ukrainer\_innen ist im Besitz einer ukrainisch-ungarischen Doppelstaatsbürgerschaft. Dies geht auf die Politik des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán zurück. Die ungarische Regierung hatte im Jahr 2010 damit begonnen, einer großen Anzahl der ungarisch-sprachigen Bürger\_innen in ihren Nachbarländern, darunter auch die Ukraine, die ungarische Staatsbürgerschaft zu verleihen. Somit erhielt auch eine beträchtliche Anzahl der in der westukrainischen Region Transkarpatien lebenden Roma zusätzlich zur ukrainischen die ungarische Staatsbürgerschaft (Eredics, L., 2022, S. 26f.). In dieser Region leben insgesamt mehr als 150 000 ungarnstämmige Ukrainer\_innen.

Roma waren in der Ukraine bereits vor dem momentanen Krieg täglich mit Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung konfrontiert. Die verfügbaren Daten, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen erhoben werden, zeigen, dass viele Roma-Gemeinschaften in der Ukraine in extremer Armut leben, oft in getrennten Siedlungen oder irregulären Lagern, mit wenig oder gar keinem Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wie sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen, angemessener Gesundheitsversorgung und hochwertigen (Schul-)Bildungsangeboten. Wenn ein Schulbesuch erfolgen kann, werden Roma häufig von der Mehrheitsgesellschaft separiert. Frauen wird der Zugang zu reproduktiven Gesundheitsleistungen verwehrt. Wenn sie doch Zugang haben, sind die Frauen vonseiten des Gesundheitspersonals sowie Ukrainer\_innen der Mehrheitsgesellschaft starken antiziganistischen Ressentiments ausgesetzt.

Die Situation der Roma in der Ukraine ist historisch durch Verfolgung geprägt. Während der Besatzung des ukrainischen Gebiets durch die Truppen des nationalsozialistischen Deutschlands 1941–1944 wurde nach Schätzungen von Historiker\_innen fast die Hälfte der ukrainischen Roma ermordet. Die heute in der Ukraine lebenden Roma sind zum Großteil Kinder und Enkelkinder der Überlebenden des Holocaust.

Sie sind insbesondere seit 2016, als rechtsextreme Gruppen ein Pogrom an Roma verübten, verstärkt antiziganistischer Gewalt ausgesetzt. Die Täter\_innen kooperieren oft unter anderem mit den lokalen Behörden und der ukrainischen Polizei. Nach dem Pogrom von 2016 beschloss der Bürgermeister von Loshchynivka im Süden der Ukraine die Räumung der Siedlung, in der

Roma leben, nachdem ein Rom des Mordes an einer 9-Jährigen, die nicht der Minderheit angehört, beschuldigt worden war. Der Mann wurde festgenommen und ein Verfahren gegen ihn eröffnet.

Zwei Jahre später urteilte das Bezirksverwaltungsgericht in Odessa, dass der Beschluss des Bürgermeisters, der zur Vertreibung der Roma geführt hatte, rechtswidrig war. Die Forderung nach Kompensationszahlungen an die Betroffenen lehnte das Gericht allerdings ab (ERRC, 2020, S.3f.). Seitdem wurden Roma, unter ihnen auch Kinder, bei mehreren Pogromen verletzt oder getötet. Die Siedlungen der Betroffenen wurden niedergebrannt. Die Verantwortlichen wurden häufig nicht oder erst verspätet und wenn, dann mit niedrigem Strafmaß, zur Verantwortung gezogen. Hinzu kommen mehrere Fälle von Polizeigewalt gegen Roma, die vom ERRC (European Roma Rights Center) dokumentiert wurden.

Nachdem Russland im Jahr 2014 die ukrainische Halbinsel Krim annektiert hatte und im Donbass ein Krieg zwischen ukrainischen Streitkräften und prorussischen Separatisten ausgebrochen war, hatte sich die Lage vieler Roma in den betroffenen Gebieten weiter verschlechtert. In einem 2017 von der Gesellschaft für bedrohte Völker publizierten Bericht heißt es: „So sind laut Schätzungen aus den Jahren 2014 und 2015 bereits mehr als 10.000 Roma aus der Ostukraine an einen anderen Ort in der Ukraine geflohen. Die Stimmung der ukrainischen Bevölkerung

*Roma gegenüber ist so schlecht, dass sich geflüchtete Roma in ihren neuen Zufluchtsorten oft nicht wohl fühlen. Sie werden vom Großteil der Ukrainer regelrecht geächtet. Laut der ukrainischen Roma-Frauenstiftung Chirikli sind 25 Prozent der Roma-Binnenflüchtlinge deshalb 2015 und Anfang 2016 wieder in die Ostukraine zurückgekehrt. Sie ziehen das Leben in ihrem eigenen Haus in einer gefährlichen Kriegsgegend der vermeintlichen Sicherheit in unbekanntenen Regionen ihres Landes vor – dies zeigt, wie schwer und gefährlich das Leben für Roma außerhalb ihrer Gemeinschaften ist.“<sup>2</sup>*

Im Zuge des Annäherungsprozesses an die Europäische Union – die Ukraine ist seit Juni 2022 Beitrittskandidat – hat die ukrainische Regierung Strategien verabschiedet und Programme aufgelegt, die das Ziel verfolgen, Roma eine gleichberechtigte Teilhabe an der ukrainischen Gesellschaft zu ermöglichen.<sup>3</sup> Viele Roma kämpfen in der ukrainischen Armee gegen die russischen Invasoren und tragen die Politik der ukrainischen Regierung mit.<sup>4</sup>

<sup>2</sup> Siehe: [gfbv.de/de/zeitschriftfuervielfalt/archiv/298-minderheiten-in-der-ukraine/roma-das-vergessene-volk/](https://gfbv.de/de/zeitschriftfuervielfalt/archiv/298-minderheiten-in-der-ukraine/roma-das-vergessene-volk/)

<sup>3</sup> Siehe: Jahresbericht der Europäischen Kommission zur Ukraine, 2023: [https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/system/files/2023-11/SWD\\_2023\\_699%20Ukraine%20report.pdf](https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/system/files/2023-11/SWD_2023_699%20Ukraine%20report.pdf), Seite 53.

<sup>4</sup> Siehe: [eaberlin.de/aktuelles/2023/roma-als-un-trennbarer-bestandteil-der-ukrainischen-gesellschaft/](https://eaberlin.de/aktuelles/2023/roma-als-un-trennbarer-bestandteil-der-ukrainischen-gesellschaft/)

# ANERKENNUNG VON UKRAINISCHEN ROMA ALS GEFLÜCHTETE IN DEUTSCHLAND GEMÄß RICHTLINIE 2001/55/EG

► Zu Beginn des Jahres 2024 waren schätzungsweise rund 3,7 Millionen Menschen innerhalb der Ukraine auf der Flucht vor dem Krieg. Über 6,3 Millionen Menschen haben Zuflucht im Ausland gefunden.<sup>5</sup> Mehr als 1,1 Millionen von ihnen sind nach Deutschland geflüchtet.<sup>6</sup>

Im Unterschied zum Umgang mit Schutzsuchenden aus Syrien und anderen Staaten wie dem Irak und Afghanistan, die vor allem in den Jahren zwischen 2015 und 2017 in Staaten der EU einen Antrag auf Asyl stellten, haben die Länder der Europäischen Union als Reaktion auf die Massenflucht aus der Ukraine erstmals die Richtlinie 2001/55/EG angewendet, die als Folge der Jugoslawien-Kriege im Jahr 2001 beschlossen worden war. Diese Richtlinie gewährt Geflüchteten aus der Ukraine im jeweiligen Zielland einen automatischen und unbürokratischen Schutz von bis zu drei Jahren und beinhaltet auch einen freien Zugang zur Krankenversicherung, zu Schulen und zum Arbeitsmarkt.

<sup>5</sup> Siehe: [uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/ukraine](https://uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/ukraine)

<sup>6</sup> Siehe: [mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/ukrainische-fluechtlinge.html](https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/ukrainische-fluechtlinge.html)

In Deutschland wurde die Richtlinie wie folgt umgesetzt: Momentan bis 04.03.2025 befristet, ist die Einreise nach Deutschland für ukrainische Staatsangehörige und Drittstaatsangehörige mit einem Wohnsitz in der Ukraine ohne Visum und ohne biometrischen Pass möglich. Waren sie zu Beginn vom Erwerb eines Aufenthaltstitels befreit, benötigen Geflüchtete aus der Ukraine zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Berichtes 90 Tage nach Einreise einen Aufenthaltstitel. Da sich die Europäische Union auf ein vereinfachtes Verfahren zur Aufnahme von ukrainischen Kriegsflüchtlingen verständigt hat, müssen diese in der Regel kein Asylverfahren durchlaufen. Ausreichend zum Erhalt einer Aufenthaltserlaubnis in Deutschland – nach § 24 Aufenthaltsgesetz – ist ein Antrag auf vorübergehenden Schutz bei der zuständigen Ausländerbehörde (BAMF, o. J.).

Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Aufenthaltsgesetz können auch Personen bekommen, die nicht-ukrainische Staatsangehörige oder staatenlose Personen sind und vor dem 24.2.2022 in der Ukraine einen internationalen oder nationalen Schutzstatus hatten, sowie deren Famili-

enangehörige. Diese Regelung gilt außerdem für nicht-ukrainische Staatsangehörige und staatenlose Personen, die sich vor dem Kriegsausbruch rechtmäßig und nicht nur vorübergehend oder mit einem Daueraufenthaltsrecht in der Ukraine aufgehalten haben und nicht in ihr Heimatland zurückkehren können.<sup>7</sup>

Der tief verwurzelte Antiziganismus in Europa führt dazu, dass aus der Ukraine geflüchtete Roma trotz dieser Regelungen oft nicht als „legale Flüchtlinge“ anerkannt werden. Dies hat katastrophale Folgen. Es liegen zahlreiche Berichte von ukrainischen Roma vor – zum allergrößten Teil Frauen und Kinder – die an den Grenzen zu Staaten der Europäischen Union sowohl von ukrainischen als auch von Grenzbehörden der Nachbarstaaten an der Flucht oder Weiterreise gehindert und denen Unterstützung und Versorgung durch die Bevölkerung verwehrt oder erschwert wurden. Dies betrifft überproportional Roma, von denen viele nicht über die notwendigen Ausweisdokumente verfügen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2022, 29. September).<sup>8</sup>

In Deutschland sind bereits seit der Ankunft der ersten geflüchteten Roma aus der Ukraine Diskussionen über ihren Flüchtlingsstatus entfacht worden. Zentraler Aspekt dieses antiziganistischen Diskurses, der insbesondere auf politischer und medialer Ebene geführt wird, ist die grundsätzliche Infragestellung ihrer ukrainischen Staatsbürgerschaft und somit auch ihres

Schutzstatus (z. B. Ayyadi, 2022, 24. Oktober und Heigl & Maier, 2022, 2. Juni).

Es liegen keine Daten dazu vor, wie viele der in Deutschland angekommenen geflüchteten ukrainischen Roma keine Ausweispapiere besitzen. Nach Angaben der von uns interviewten zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verwaltungsmitarbeitenden ist jedoch ihr Anteil an der Gesamtzahl der geflüchteten ukrainischen Roma gering. Dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma sind bisher nur Einzelfälle bekannt. Der geringe Anteil ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass Grenzübertritte für Roma ohne Dokumente kaum möglich sind. Allerdings gab es lange Unklarheiten, welchen Status diejenigen Menschen aus der Ukraine, die noch nie Ausweispapiere besessen haben, in Deutschland erhalten können, welche Konsequenzen dies für sie hat und ob sie letztlich überhaupt vom EU-Schutzstatus profitieren (Zentralrat Deutscher Sinti & Roma, 2022, 7. März).

Nach Angaben aus mehreren Bundesländern werden Personen, die über keinerlei Dokumente für den Identitätsnachweis verfügen, an die ukrainische Botschaft verwiesen, um dort Ersatzpapiere zu beantragen. Die Ausländerbehörden prüfen „nach den Umständen des Einzelfalls, ob es für den Betroffenen zumutbar ist, von den Auslandsvertretungen des Heimatstaates einen Pass zu erhalten“. Wenn das nicht der Fall ist, kommt die Ausstellung eines deutschen Passersatzes in Betracht, wenn die betroffene Person durch Urkunden oder sonstige Unterlagen ihre Identität und Staatsangehörigkeit nachweisen kann.<sup>9</sup>

Nach Berichten des Bundes Roma Verbands kam es auch vor, dass Ukrainer\_innen ohne Ausweis-

<sup>7</sup> Siehe: [stadt.muenchen.de/dam/jcr:0485ba8f-d262-4971-b2de-8ef7356e8f20/FAQ\\_Ukraine\\_deutsch.pdf](http://stadt.muenchen.de/dam/jcr:0485ba8f-d262-4971-b2de-8ef7356e8f20/FAQ_Ukraine_deutsch.pdf)

<sup>8</sup> Einige Roma sind wegen der geografischen Nähe zu ihrer ukrainischen Heimat in der Republik Moldau geblieben, andere wegen fehlender Ausweispapiere in dem Land gestrandet, wo sich die Berichte von Diskriminierung und Ungleichbehandlung der geflüchteten Roma häufen. (Greener & de Andrade Costa, 2022, 26. Oktober)

<sup>9</sup> Siehe: [correctiv.org/faktencheck/2023/01/27/nein-gefluechtete-aus-der-ukraine-erhalten-sozialleistungen-nicht-ohne-ausweis/](https://correctiv.org/faktencheck/2023/01/27/nein-gefluechtete-aus-der-ukraine-erhalten-sozialleistungen-nicht-ohne-ausweis/)

dokumente, in der Regel Roma, ins Asylverfahren geschickt wurden ([Bundes Roma Verband, 2022, 11. November, S. 3](#)). In der Folge erhielten sie keinen Aufenthaltstitel nach § 24 Aufenthaltsgesetz und die damit verbundenen Privilegien wie die anderen Ukrainer\_innen. Und dies, obwohl geflüchteten Ukrainer\_innen sowohl von staatlicher Seite wie z.B. dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als auch von nicht-staatlicher Seite ([Flüchtlingsrat Berlin, 2022, 8. Dezember](#)) offiziell geraten wird, keinen Asylantrag zu stellen.

Die allermeisten geflüchteten Roma aus der Ukraine sind im Besitz von Ausweisdokumenten, die jedoch nicht zwangsläufig biometrische Identifikationsmerkmale aufweisen. Dies gilt etwa für aus der Ukraine geflüchtete Roma, die nur einen alten sowjetischen Pass besitzen. Gemäß der Umsetzung des Durchführungsbeschlusses des Rats der Europäischen Union zur Feststellung des Bestehens eines Massenzustroms im Sinne des Artikels 5 der Richtlinie 2001/55/EG und zur Einführung eines vorübergehenden Schutzes sind „ukrainische Staatsbürger, die vor dem 24. Februar 2022 ihren Aufenthalt in der Ukraine hatten, aufenthaltsberechtigt“. Der Nachweis erfolgt hier „in der Mehrzahl der Fälle mittels eines Passes (mit oder ohne biometrische Merkmale) oder Passersatzes (...). Im Übrigen kann sich aus der Gesamtschau anderer mitgeführter Unterlagen, insbesondere von den Personalausweisen, die Staatsangehörigkeit der betreffenden Person ergeben“ ([BMI, 2022, 14. März, S. 2](#)). Nichtsdestotrotz werden diese Umsetzungsrichtlinien bei geflüchteten ukrainischen Roma nicht immer angewandt (vgl. auch Kapitel zur Anerkennung und Zugang zu Sozialleistungen).<sup>10</sup>

<sup>10</sup> Siehe: [merkur.de/lokales/region-miesbach/miesbach-ort29062/fluechtlinge-bayern-landratsamt-hotel-bus-muenchen-ukraine-krieg-91412461.html](https://merkur.de/lokales/region-miesbach/miesbach-ort29062/fluechtlinge-bayern-landratsamt-hotel-bus-muenchen-ukraine-krieg-91412461.html)

In Deutschland lässt sich in mehreren Bundesländern beobachten, dass Roma aus der Ukraine mit ukrainisch-ungarischer Doppelstaatsbürgerschaft von den zuständigen untergeordneten Behörden nach Aufforderung durch die Bundes- und Landesbehörden die Flüchtlingseigenschaft und die Unterstützung nach § 24 Aufenthaltsgesetz verweigert wurde. Wird bei einer Person nachträglich der zweite Pass aus einem EU-Mitgliedsstaat gefunden, in der Regel ein ungarischer Pass, wird dieser Person der Aufenthaltsstatus entzogen und sie zur Ausreise aufgefordert. Dies betrifft vor allem Roma, denen nicht zuerkannt wird, Ukrainer\_innen zu sein, obwohl sie in den meisten Fällen ihr gesamtes Leben in diesem Land verbracht haben. Sie müssen in die Ukraine zurückkehren, sie können sich als ungarische Staatsbürger\_innen temporär in Deutschland im Rahmen der EU-Freizügigkeit aufhalten, ohne hier Unterstützung zu erhalten, oder sie müssen nach Ungarn ausreisen, wo Roma in vielen Fällen bei der Wohnungs- oder Arbeitssuche diskriminiert werden und oft nur Zugang zu prekären Arbeitsverhältnissen haben.

In den ersten Monaten nach dem russischen Angriff auf die Ukraine hatten die kommunalen Behörden in Deutschland noch die Möglichkeit einer gewissen Kulanz und konnten auch Geflüchteten aus der Ukraine mit doppelter Staatsbürgerschaft Unterstützung nach § 24 Aufenthaltsgesetz ermöglichen.

Ausschlaggebend dafür, dass diese Praxis zumindest erschwert oder nicht mehr möglich ist und vor allem Roma von der Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Aufenthaltsgesetz ausgeschlossen werden, waren Anweisungen auf der Bundes- und Landesebene. Das Bundesministerium für Inneres und Heimat hatte am 5. September 2022 Anwendungshinweise zum Durchführungsbeschluss der EU zur Massenzustromrichtlinie

herausgegeben. Darin wurde festgelegt: „Freizügigkeitsberechtigte Personen im Sinne des Freizügigkeitsgesetzes/EU sind von der Schutzgewährung nicht umfasst, d. h. auch Personen, die über eine zweite Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates verfügen.“<sup>11</sup>

Der antiziganistische Hintergrund dieser Anweisungen von Bund und Ländern wird in einem Schreiben des Ministeriums für Justiz und Migration in Baden-Württemberg deutlich, das im Mai 2023 unter anderem an die unteren Aufnahmebehörden und unteren Ausländerbehörden ging. Das Ministerium schrieb, dass in Aufnahmeeinrichtungen, bei Ausländer- und Leistungsbehörden in Baden-Württemberg Personen vorstellig würden, die sich als ukrainische Staatsangehörige ausweisen, jedoch (mutmaßlich) gleichzeitig eine Unionsbürgerschaft besitzen, die sie jedoch nicht offenlegten. Denkbar sei „auch der Gebrauch gefälschter Pässe oder die Vorlage unrechtmäßig erlangter echter ukrainischer Pässe“. Diese Personen würden „oft im Familienverbund vorstellig und stammen laut eigenen Angaben oft aus dem ukrainisch-ungarischen Grenzgebiet“. Mit diesen Hinweisen und vor allem dem Begriff „Familienverbund“ sollten die von dem Ministerium pauschal verdächtigten Personen offensichtlich als Roma markiert werden. Bereits bei „begründeten Verdachtsfällen“ erging die Anweisung des Ministeriums, „die Ausstellung oder – bei bereits erfolgter Ausstellung – die Verlängerung von Fiktionsbescheinigungen zu verweigern, wenn der Nachweis für die Schutzberechtigung nicht im Ansatz geführt werden kann und – insbesondere – wenn schon nicht glaubhaft gemacht werden kann, dass sich die betreffenden Personen zum oder kurz vor dem 24. Februar 2022 in der Ukraine aufgehalten ha-

ben.“<sup>12</sup> Wenige Wochen, nachdem das Schreiben erging, beschuldigten Beamte\_innen kommunaler Behörden in Baden-Württemberg „Großfamilien aus der ungarisch-ukrainischen Grenzregion“, deren „doppelte Staatsbürgerschaft zu verschweigen“.<sup>13</sup>

Unter Generalverdacht geraten Roma, die nur oder vor allem Ungarisch sprechen, die einen neuen Reisepass besitzen, deren Reisepass mit Stempeln auf viele Grenzüberschreitungen schließen lässt oder die in einem Auto einreisen, das kein ukrainisches Kennzeichen hat. Sie müssen zusätzlich zu ihrem Passdokument weitere Nachweise zum Beleg ihrer ukrainischen Herkunft beibringen. Als Rechtfertigung hierfür wird auf § 82 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz verwiesen. Demnach ist „der Ausländer verpflichtet, seine Belange und für ihn günstige Umstände, soweit sie nicht offenkundig oder bekannt sind, unter Angabe nachprüfbarer Umstände unverzüglich geltend zu machen und die erforderlichen Nachweise über seine persönlichen Verhältnisse, sonstige erforderliche Bescheinigungen und Erlaubnisse sowie sonstige erforderliche Nachweise, die er erbringen kann, unverzüglich beizubringen“.<sup>14</sup>

Welche Folgen das für die Betroffenen hat, zeigen unter anderem Fälle in Bayern, die Ende des Jahres 2023 bekannt geworden waren. Behördenmitarbeiter\_innen verlangten dort von Roma und von als Roma wahrgenommenen Geflüchteten aus der Ukraine zusätzlich zu ihrem

<sup>11</sup> Siehe: [fr-hessen.de/wp-content/uploads/2022/09/2022-09-05\\_-BML-voruebergehen-der-Schutz-Ukraine.pdf](https://fr-hessen.de/wp-content/uploads/2022/09/2022-09-05_-BML-voruebergehen-der-Schutz-Ukraine.pdf)

<sup>12</sup> Siehe: [justiz-bw.de/site/pbs-bw-rebrush-jum/get/documents\\_E615354568/jum1/JuM/Justizministerium%20NEU/Migration\\_Erlasse/Erlasse%20und%20Anwendungshinweise/JuM%2025.05.2023%20Neuntes%20Hinweisschreiben.pdf](https://justiz-bw.de/site/pbs-bw-rebrush-jum/get/documents_E615354568/jum1/JuM/Justizministerium%20NEU/Migration_Erlasse/Erlasse%20und%20Anwendungshinweise/JuM%2025.05.2023%20Neuntes%20Hinweisschreiben.pdf)

<sup>13</sup> Siehe: [hitradio-ohr.de/clans-grossfamilien-wandern-mit-ukrainischen-paessen-die-ortenau-ein](https://hitradio-ohr.de/clans-grossfamilien-wandern-mit-ukrainischen-paessen-die-ortenau-ein)

<sup>14</sup> Siehe: [gesetze-im-internet.de/aufenthg\\_2004/\\_82.html](https://gesetze-im-internet.de/aufenthg_2004/_82.html)

ukrainischen Ausweisdokument Meldebescheinigungen, Schulbestätigungen oder Einkaufsquittungen. Der Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Bayern kritisierte diese diskriminierenden und antiziganistischen Praktiken. Hintergrund war die Behauptung von Landratsämtern, dass als Schutzsuchende in den Landkreis gekommene Angehörige der Minderheit in Wahrheit neben der ukrainischen möglicherweise auch eine ungarische Staatsbürgerschaft hätten. Außerdem wurde die Echtheit ihrer ukrainischen Pässe angezweifelt. Die Unterstellungen und verschärften Nachweispflichten führen dazu, dass die betroffenen Personen keinen vorübergehenden Schutz nach § 24 Aufenthaltsgesetz und somit auch keinen Zugang zu Sozialleistungen erhalten, bis geklärt worden ist, ob die betroffenen Personen ausschließlich ukrainische Staatsbürger sind.<sup>15</sup>

Nach Angaben des Verbands Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Bayern trifft eine derartige Praxis die der Mehrheitsbevölkerung angehörenden Ukrainer\_innen nicht oder zumindest nicht in diesem Ausmaß. Einige als Roma wahrgenommene Familien scheitern an diesen zusätzlichen Hürden, da sie die Fristen nicht einhalten oder die von Behördenmitarbeiter\_innen geforderten Dokumente nicht beibringen können, weil sie in der Ukraine in informel-

len Siedlungen lebten und keinen Zugang zur Infrastruktur hatten. In Einzelfällen wurde den betroffenen Familien keine Frist zur Einreichung der angeforderten Unterlagen zugestanden. Sie erhielten sofort eine Aufforderung zur Ausreise aus Deutschland. Im extremsten Fall war diese Aufforderung bereits vordatiert.<sup>16</sup>

In Baden-Württemberg konnten bis zum Februar 2024 in lediglich 58 von rund 500 überprüften Fällen, die aus dem Bundesland an das Bundesinnenministerium gemeldet wurden, auch die ungarische Staatsbürgerschaft von geflüchteten Roma ermittelt werden. Diese Überprüfungen gehen einher mit antiziganistischen Diskursen, die von Medien und Politiker\_innen geführt werden und in denen behauptet wird, dass der Zugang zum Bürgergeld ein entscheidender Grund für die Einreise dieser Menschen nach Deutschland sei. Die Folgen von Krieg, Ausgrenzung und Verfolgung für Roma aus der Ukraine werden von einigen Medien sowie vor allem von konservativen, rechtspopulistischen und rechtsradikalen Politiker\_innen hingegen oft nicht thematisiert.<sup>17</sup>

<sup>15</sup> Siehe: [abendzeitung-muenchen.de/bayern/behoerden-in-bayern-witern-sozialbetrug-werden-gefluechtete-jetzt-unter-generalverdacht-gestellt-art-944671](https://abendzeitung-muenchen.de/bayern/behoerden-in-bayern-witern-sozialbetrug-werden-gefluechtete-jetzt-unter-generalverdacht-gestellt-art-944671)

<sup>16</sup> Siehe: [bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/kommunales/detailansicht-kommunales/artikel/diskriminierungsfreie-verwaltungspraxis-schaffen.html#topPosition](https://bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/kommunales/detailansicht-kommunales/artikel/diskriminierungsfreie-verwaltungspraxis-schaffen.html#topPosition)

<sup>17</sup> Siehe: [stimme.de/ueberregional/baden-wuerttemberg/nachrichten/pl/roma-problem-baden-wuerttemberg-buergergeld-unrecht-finanzierung-flucht-art-4885538](https://stimme.de/ueberregional/baden-wuerttemberg/nachrichten/pl/roma-problem-baden-wuerttemberg-buergergeld-unrecht-finanzierung-flucht-art-4885538)

# ANTIZIGANISTISCHE MEDIALE UND POLITISCHE DISKURSE IM RAHMEN DES UKRAINE-KRIEGES

► Der mediale und politische Diskurs während des Ukraine-Krieges knüpft an die antiziganistische Berichterstattung im Kontext der EU-Osterweiterungen in den Jahren 2004 und 2007 sowie der damit zusammenhängenden EU-Binnenmigration von Roma aus Ost- und Südosteuropa an. Antiziganistische Vorurteile, Narrative und Bilder werden reproduziert, in einen neuen Kontext eingebettet und durch ständige Wiederholungen verstärkt und vertieft (End, 2014, S. 26). Ein Paradebeispiel für diesen Mechanismus ist die Medienberichterstattung über Flüchtlingsunterkünfte in und um München herum, die einer Medienkampagne gegen ukrainische geflüchtete Roma sowie Sinti und Roma generell gleichkommt.

Ende März 2022 erschien ein Online-Artikel der BILD-Zeitung mit dem Titel „Insiderin über Randalen in Münchner Flüchtlingsheim“. In einer Flüchtlingsunterkunft hätten demnach mehr als 50 zum Teil mit Eisenstangen und Stühlen bewaffnete Personen die Sicherheitskräfte bedroht. Bei den „konspirativen“ Personen, das wollen die Autor\_innen des BILD-Artikels herausgefunden haben, habe es sich um „Sinti und Roma-Großfamilien“ gehandelt, die keine „echten ukrainischen Geflüchteten“ seien. Dies hätten auch die Dolmetscher\_innen bemerkt, da

die Personen kein Ukrainisch sprächen. Außerdem wurde behauptet, dass „einige von ihnen die Krätze“ und 11- bis 14-Jährige angeblich Sexualdelikte begangen hätten (Keim & Kürthy, 2022, 31. März).

Am 2. April verschärfte die BILD-Zeitung mit dem Artikel „Polizei-Großeinsatz in München – Randalen-Flüchtlinge lehnten Turnhalle als Unterkunft ab“ den Diskurs. Sie nahm gleichzeitig ein bereits zwei Wochen vorher geschaffenes Narrativ mit auf. „Jetzt kommt raus: es handelt sich offenbar um dieselbe Gruppe Sinti und Roma, die schon einmal unangenehm aufgefallen ist. Am 15. März sollte sie von München in eine Unterkunft nach Miesbach gebracht werden“ (Ukraine-Flüchtlinge zurück nach München geschickt: Heftige Diskussion entfacht – Helfer kritisiert Landratsamt, 2022, 27. Mai).

Dieser Vorfall unterstellt einer aus Frauen, Kindern und Jugendlichen bestehenden Gruppe geflüchteter ukrainischer Roma (anders als die BILD-Zeitung behauptet, sind Sinti keine Minderheit in der Ukraine, sondern in West- und Mitteleuropa beheimatet), dass sie sich „pöbelnd und bedrohlich“ weigerten, in einer Turnhalle in Miesbach unterzukommen und ein Drei-Sterne-Hotel verlangt hätten. Bebildert und um-

rahmt wurde dieser Artikel mit einem Foto, das den Polizeieinsatz mit Rettungsfahrzeugen zeigt, und dem Untertitel: „*Voriges Wochenende musste die Polizei in München einschreiten, um randalierende Flüchtlinge zu bremsen. Die Situation war eskaliert, als einige aus der Gruppe wegen Krätze-Befalls abgesondert werden sollten.*“ Der Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Bayern legte aufgrund des stigmatisierenden Charakters und der Ethnisierung von Ereignissen in den Artikeln eine Beschwerde beim Deutschen Presserat ein (Verstöße gegen Ziffer 12, Richtlinie 12.1 des Pressekodexes).

Die weit verbreiteten und gesellschaftlich tief verankerten Vorurteile sowie die Ablehnung von Sinti und Roma als Minderheit werden auf diese Art und Weise medial reproduziert und verstärkt. Das hat eine explosive Wirkung, wenn sie in einem Wechselspiel aus von demokratisch gewählten Politiker\_innen geführten und in Print- und Onlinemedien, Instant-Messengern und Online-Foren publizierten und vertieften Debatten stehen. Die Hassreden von (rechts-)populistischen bis hin zu rechtsextremistischen Akteur\_innen können Hasskriminalität nach sich ziehen. Auch antiziganistische Behauptungen in politischen Diskursen, die nicht als rechtsextrem einzustufen sind, können existierende Stereotype und Vorurteile verstärken bzw. von weit rechts stehenden Gruppierungen und Parteien für deren Zwecke genutzt werden.

Ein Paradebeispiel für diesen Mechanismus sind die Äußerungen eines CSU-Landtagsabgeordneten während eines Besuches in der Messehalle Riem in München Anfang April 2022. Focus-Online berichtete über diesen Besuch mit der Schlagzeile „*Nerven liegen blank*“: *Ärger um Roma-Großfamilien in Heim für Ukraine-Geflüchtete* (Schattauer, 2022, 8. April). Ähnliches war bei BILD-Online vom 3. April zu lesen: *„Abgeordneter in Flüchtlingsunterkunft Riem. Wir erzeugen ei-*

*nen möglichen sozialen Brennpunkt*“. Der Landtagsabgeordnete wurde von Focus-Online wörtlich u. a. wie folgt zitiert:

- ▶ [Seinem Eindruck nach hätten sich die Familien] *„für mehrere Wochen oder sogar mehrere Monate häuslich eingerichtet“.*
- ▶ *„Sowohl die dort beschäftigten Mitarbeiter als auch andere ukrainische Flüchtlinge haben mir gegenüber den Verdacht geäußert, dass es sich bei einem erheblichen Teil der Personen nicht um Ukrainer handelt.“*
- ▶ [Demnach könnten es auch Roma sein,] *„die aus Ungarn, Rumänien und anderen osteuropäischen Ländern zu uns kommen und die enorme Hilfsbereitschaft Deutschlands im Zusammenhang mit dem Krieg ausnutzen“.*
- ▶ *„Mir wurde vor Ort geschildert, dass ein beträchtlicher Teil der Flüchtlinge keine Ausweispapiere oder irgendwelche Belege hat, dass sie tatsächlich aus der Ukraine kommen [...] Die meisten haben lediglich eine ukrainische Geburtsurkunde. Dabei handelt es sich um einen hellblauen DIN-A5-Zettel ohne Sicherheitsmerkmale, der sich leicht fälschen lässt.“*
- ▶ *„Wenn man ihnen eine Landkarte vorlegt, können einige nicht zeigen, ob sie im Norden, Süden, Westen oder Osten der Ukraine gelebt haben, geschweige denn in welchem Regierungsbezirk.“* Die *„offenkundige Unkenntnis“* vieler Roma über die Ukraine habe seinen Verdacht erhärtet, dass sie gar nicht aus der Kriegsregion stammten.
- ▶ *„Die gut gemeinte freiwillige soziale Leistung der Landeshauptstadt München scheint für viele ein Fehlanreiz zu sein und sollte daher dringend überdacht werden!“*



Rechtspopulistische und rechtsextremistische Kreise griffen die Aussagen des Politikers rasch auf. Diese verbreiteten sich wie ein Lauffeuer. So zitierte der rechtspopulistische und AfD-nahe Deutschlandkurier die auf BILD-Online zitierten Aussagen „2.100 Menschen sind heute hier untergebracht. 1.200 von ihnen sind Kinder. 90 Prozent sind Sinti und Roma“ und „Ich habe festgestellt, dass viele die ukrainischen Regierungsbezirke gar nicht kennen“ wörtlich.<sup>18</sup> Der Deutschlandkurier verschärfte Verdachtsaussagen zu dem Statement: „Anscheinend stammen nicht alle Ankommenden aus der Ukraine“ (Ukraine-Flüchtlinge: Münchner Messe wird zur Kleinstadt von Sinti und Roma, 2022, 4. April).

Die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag übernahm diese Schlagzeilen auf einem Wahlplakat. In diesen Zusammenhang steht auch der Antrag der AfD-Fraktion an den Deutschen Bundestag „Aufnahme ukrainischer Kriegsflüchtlinge – Lückenlose und täuschungsfreie Registrierung sicherstellen – Kapazitäten für Kriegsflüchtlinge

<sup>18</sup> Siehe: [bild.de/regional/muenchen/muenchen-aktuell/abgeordneter-in-fluechtlingsunterkunft-riem-wir-erzeugen-einen-moeglichen-sozial-79658648.bild.html](https://bild.de/regional/muenchen/muenchen-aktuell/abgeordneter-in-fluechtlingsunterkunft-riem-wir-erzeugen-einen-moeglichen-sozial-79658648.bild.html)

freisetzen“ vom 6.4.2022, in dem sich diese u. a. ausdrücklich auf die oben geschilderten Diskurse bezieht: „Aus München wird nach Ausschreitungen in einer Flüchtlingsunterkunft berichtet, dass nur ein Bruchteil der Bewohner wirkliche ukrainische Flüchtlinge seien.“<sup>19</sup>

Nicht immer sind die Zusammenhänge von politischen und medialen antiziganistischen Diskursen jedoch so eindeutig, wie ein Beispiel aus Thüringen zeigt. Anfang Juli 2022 forderte der Thüringer Landkreistag in einem offenen Brief die Landesregierung dazu auf, selbst Unterkünfte für ukrainische Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen, eine angemessene Unterbringung sei den Landkreisen nicht mehr möglich (Landkreistag: Land soll Flüchtlingsunterkünfte bereitstellen, 2022, 13. Juli). In diesem Zusammenhang erläuterte eine Landrätin in Thüringen und Verfasserin des offenen Briefes, dass zunehmend „Roma-Großfamilien“ auf die Landkreise verteilt würden, für die sich keine geeigneten Wohnungen finden ließen (Locke, 2022, 18. Juli).

Das Zitat, diese Großfamilien kämen aus „einigen wenigen Grenzorten der Ukraine zu Ungarn und Rumänien“ und „sprächen kein Ukrainisch“ (ebd.), wurde in keinen sozio-historischen Zusammenhang gestellt. Eine Ausweitung dieser antiziganistischen Narrative – in diesem Fall durch einen CDU-Abgeordneten – ließ nicht lange auf sich warten. Dieser „springt [der] Landrätin zu Seite“ und konzentriert sich auf das „neue erhebliche Problem“ durch „Sinti- und Roma-Großfamilien“ in Kreisen Thüringens, „die schon über 80 % der Neuankömmlinge ausmachen würden“. „Das schafft neue Problemlagen sowohl bei der Organisation der Unterbringung, dem Finden geeigneter Räumlichkeiten, den enormen Kosten als auch der Akzeptanz der

<sup>19</sup> Siehe: [dserver.bundestag.de/btd/20/013/2001347.pdf](https://dserver.bundestag.de/btd/20/013/2001347.pdf)

*Bürger. Menschen, die unsere Gastfreundschaft nicht würdigen und sich unangepasst verhalten, kann man nicht dulden. Deshalb finde ich es angemessen, darüber nachzudenken, auch wieder zu Sachmitteln, statt Bargeldauszahlungen zurückzukommen. Wir können nicht unsere Gastfreundschaft ausnutzen lassen“* (Scheler-Stöhr, 2022, 7. Juli).

Der AfD-Landesverband in Thüringen instrumentalisiert die aufgeladenen Debatten um geflüchtete ukrainische Roma in Thüringen und nutzt den Landtag als Bühne, um dort Antiziganismus zu verbreiten. So hatte ein Abgeordneter der AfD-Fraktion während einer Landtagssitzung in Erfurt öffentlich artikuliert: „Wir reden ja hier nicht nur von Zigeunern“ und es gebe „angeblichen Zigeuner- und Ausländerhass...“.<sup>20</sup>

Die AfD in Thüringen bediente sich auch im September 2022 bei einer Bürgerversammlung in Sömmerda mit dem Thema „Problemlage der ukrainischen Roma“ des antiziganistischen Narrativs der „kriminellen Großfamilien“.<sup>21</sup> Dort wurde das Bild von „klauenden und bettelnden Roma“ reproduziert, die außerdem Sozialleistungen erhielten. Unterstützt wurden diese Narrative z. B. durch ein im Faktencheck widerlegtes Video, das auf verschiedenen Netzwerken veröffentlicht wurde und behauptete, „im Landkreis Sömmerda hätten die Behörden und die Polizei Geschäfte in der Nähe einer Unterkunft

*für Geflüchtete vor Diebstählen durch Roma gewarnt. Sie hätten Geschäftsinhabern mitgeteilt, nicht jedes Mal die Polizei zu rufen, wenn es zu Diebstählen kommen sollte. Stattdessen sollten sie dann Rechnungen erstellen und diese an die Behörde schicken“* (Bau, 2022, 12. April). Dieses Video wurde von Nutzer\_innen mit dem Kommentar „150 Roma-Großfamilien aus der Ukraine bekommen Wohnungen in Sömmerda Thüringen und die Geschäfte wurden informiert, nicht bei jeder Straftat die Polizei zu rufen“ (ebd.) geteilt. Beschwerden von Einzelhändler\_innen über Diebstahldelikte, durchwühlte Mülltonnen, lange Schlangen vor der Ausländerbehörde des Landkreises mit vielen Kindern sowie Videoaufnahmen von Menschen, die auf dem Markt Geldbeträge zählten, wurden verbreitet.

Diese Form der antiziganistischen Rhetorik wird auch mit der Forderung nach direkten politischen Maßnahmen verbunden bzw. politische Maßnahmen werden u. a. auch über antiziganistische Narrative legitimiert. So hatte beispielsweise der Landkreis Saale-Holzland in Thüringen Ende Juli 2022 einen temporären Aufnahmestopp für ukrainische Geflüchtete verhängt. Diese Maßnahme wurde in einer Pressemeldung zumindest teilweise mit der – als Problem beschriebenen – Ankunft sowie dem angeblichen Verhalten ukrainischer „Roma-Großfamilien“ begründet: „Zudem weist der Landrat in seinem Schreiben auf ein weiteres Problemfeld hin (...): die Aufnahme von Roma, die Thüringen aus anderen Bundesländern zugewiesen werden. Im Saale-Holzland-Kreis kamen in den letzten Wochen überproportional viele Geflüchtete dieser ethnischen Minderheit (mehr als 180) an – in Großfamilien, für die kein entsprechender Wohnraum vorhanden ist. Das Sozialverhalten und die spezielle Lebenskultur lösen zunehmend Konflikte aus“ (Saale-Holzland-Kreis, 2022, 14. Juli).

<sup>20</sup> Siehe: [tlz.de/politik/article236869797/Rassistische-Entgleisung-im-Landtag-in-Erfurt-bei-Debatte-um-Fluechtlinge-aus-der-Ukraine.html](https://tlz.de/politik/article236869797/Rassistische-Entgleisung-im-Landtag-in-Erfurt-bei-Debatte-um-Fluechtlinge-aus-der-Ukraine.html)

<sup>21</sup> Unter Polizeibegriffen wie „Kriminalität von Großfamilien“ und „Clankriminalität“ wird die polizeiliche Sondererfassung von Sinti und Roma fortgesetzt. Diese Erfassung begann im Deutschen Kaiserreich und ist in der Bundesrepublik noch immer die Basis für Stigmatisierung und Ungleichbehandlung von Angehörigen der Minderheit.

Während einer Ausschuss-Sitzung in Hannover wurden ukrainische Roma-Geflüchtete, die in der Messehalle 21 untergebracht waren, als „nicht von der Ukraine Krise selbst betroffen“ bezeichnet und es sei „fraglich (...) ob diese Personen überhaupt aus der Ukraine stammen“. Zusammen mit der Polizei sollen die „Identitäten festgestellt“ und „Personen ohne Bleiberecht (...) anschließend in entsprechende Abschiebeeinrichtungen verbracht“ werden. Die Regionsrätin kriminalisierte außerdem explizit die in der Messehalle 21 untergebrachten „Roma-Großfamilien“, indem sie behauptete, die Anreise dieser Familien habe einen Anstieg von Polizeieinsätzen zur Folge gehabt.<sup>22</sup>

Durch einen Artikel der BILD-Zeitung vom 17.01.2023 (Gautier) wurde bekannt, dass das oberbayerische Dorf Peutenhausen und seine Einwohner\_innen keine Geflüchteten mehr aufnehmen wollen und die Verträge für beide Flüchtlingsunterkünfte mit dem Landkreis zum 31. Dezember 2023 und 31. März 2024 gekündigt worden waren. Begründet wurde dies u. a. damit, dass der Sohn einer im Dorf untergebrachten ukrainischen Roma-Familie Diebstähle und Einbrüche begangen habe. Welt-Online hatte die Geschichte aufgenommen und einige Tage später Videoaufnahmen des 14-Jährigen veröffentlicht. (Welt, 2023) Basierend auf dem BILD-Artikel und den Videoaufnahmen verbreiteten Einzelpersonen sowie der ansässige AfD-Kreisverband eines bayerischen Landkreises in den sozialen Netzwerken, insbesondere auf Face-

<sup>22</sup> Siehe: [haz.de/lokales/hannover/messegelaende-hannover-helfer-berichten-von-aerger-durch-roma-grossfamilien-LBGVLW7QUDLRE6QIPBB4N-JRQIM.html](https://haz.de/lokales/hannover/messegelaende-hannover-helfer-berichten-von-aerger-durch-roma-grossfamilien-LBGVLW7QUDLRE6QIPBB4N-JRQIM.html)

book, antiziganistische Hetze. Rechtsextreme Graffiti tauchten in den Straßen des Dorfes auf (Balbierer, 2023, 9. Februar) und der antiziganistische Diskurs verschärfte sich.<sup>23</sup>

In Mecklenburg-Vorpommern vertraten Mitarbeiter\_innen verschiedener Landkreise u. a. folgende antiziganistische Narrative: „Die Roma ziehen im Land herum und es ist nicht bekannt, wo sie sind“, „Roma ziehen umher, um mehr Leistungen zu kassieren“, „Bei den betroffenen Personen handelt es sich nicht um Ukrainer, sondern um Ungarn“, „Einige sind in Menschenhandel verwickelt und haben sich mit deutschen Sinti zusammengetan“, „Die Roma aus der Ukraine sind gewalttätig und schüchtern andere ukrainische Geflüchtete ein“. Ein Verwaltungsmitarbeiter berichtete uns, dass einzelne Verwaltungsmitarbeiter\_innen Roma nicht gleich behandelten und manchmal auch die Meinung verträten, dass Roma aus der Ukraine keine Flüchtlinge seien.<sup>24</sup>

<sup>23</sup> Am Morgen des 9. Februar 2023 wurde ein Anschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Peutenhausen verübt. Sechs zum Teil verummte Personen, Mitglieder zweier rechtsextremer Gruppierungen, zündeten vor einer Gemeinschaftsunterkunft – in der keine aus der Ukraine geflüchteten Roma lebten – Rauchbomben. Dabei zeigten sie ein „Plakat mit ausländerfeindlichen Parolen“ und filmten die Aktion. ([br.de/nachrichten/bayern/mutmasslich-rechtsradikale-aktion-vor-fluechtlingsunterkunft,TVNAt70](https://br.de/nachrichten/bayern/mutmasslich-rechtsradikale-aktion-vor-fluechtlingsunterkunft,TVNAt70) und [br.de/nachrichten/bayern/peutenhausen-fluechtlinge-fuehlen-sich-nicht-mehr-sicher,TVvb9To](https://br.de/nachrichten/bayern/peutenhausen-fluechtlinge-fuehlen-sich-nicht-mehr-sicher,TVvb9To)).

<sup>24</sup> Mitarbeiter\_innen von MIA waren bei diesem Fall selbst vor Ort und führten Gespräche und Interviews mit Verwaltungsangestellten, Mitarbeiter\_innen von Flüchtlingsunterkünften und Repräsentant\_innen der betroffenen Landkreise.

# ANTIZIGANISTISCHE MOBILISIERUNG

► Die von Medien und Politiker\_innen geführten antiziganistischen Diskurse haben insbesondere in ländlicheren Regionen das Potential, nicht nur antiziganistische Ressentiments zu verschärfen, sondern sie können auch dazu beitragen, den Hass auf andere Geflüchtete und Ausländer\_innen weiter zu schüren – die dann wiederum Roma für die Verschärfung verantwortlich machen könnten. Dieser Hass wird dann auf Demonstrationen, Kundgebungen und Bürgerversammlungen sichtbar und weiter angefacht. Er kann sich auch in gewaltsamen Übergriffen – durch rechtsextreme Gruppierungen, Einzeltäter\_innen oder eine Gruppe von Bürger\_innen ohne feste Organisationsstruktur – entladen.

In der Bevölkerung wird die Stimmung gegen geflüchtete Roma durch die Verwendung von antiziganistischen Vorurteilen sowie kulturalisierenden und ethnisierenden Zuschreibungen angeheizt. So wurden beispielsweise in Nersingen bei Neu-Ulm Gerüchte verbreitet, denen zufolge es immer wieder Diebstähle in einem örtlichen Einkaufszentrum gegeben habe, seit Roma in der Flüchtlingsunterkunft lebten. Auch die Kundschaft würde sich beschweren (Kroha, 2022, 1. Dezember).

Im Sommer 2022 waren in Roffhausen/Friesland 50 Geflüchtete aus der Ukraine, überwiegend Roma, notuntergebracht worden. Hier war eine ehemalige Schule zu einer von mehreren Sammelunterkünften des Landkreises Friesland um-

funktioniert worden. In der Folge beschwerten sich Teile der Anwohner\_innen aus Roffhausen über Lärm, Dreck und „schlimme Zustände“ in der Sammelunterkunft. Stadt und Landkreis versuchten der teilweise gereizten Stimmung unter den Anwohner\_innen durch Infoabende und der Werbung für Verständnis entgegenzutreten und diese einzudämmen (Braun, 2022, 19. Juli).

Bei einer Bürgerversammlung im bayerischen Wolfratshausen im Dezember 2023 äußerte sich eine Anwohnerin rassistisch über Geflüchtete aus der Ukraine, die seit Anfang 2022 in einer Mehrzweckhalle untergebracht sind. Sie sagte, dass in der Flüchtlingsunterkunft „Sinti und Roma mit ukrainischem Pass“ lebten. Die Anwohnerin warf den Geflüchteten vor, Müll achtlos vor der Mehrzweckhalle liegen zu lassen. Sie stigmatisierte die Menschen außerdem mit den Worten: „Es wird geklaut, es gibt Schlägereien.“ Die Anwohnerin fügte hinzu: „Das sind Zigeuner, und so benehmen die sich auch.“ Teile des Publikums applaudierten. Der Wolfratshausener Polizeichef fasste daraufhin die wenigen polizeilich erfassten Vorfälle in der und um die Unterkunft zusammen. Gewaltverbrechen oder Übergriffe habe es „im Zusammenhang mit diesen Menschen nicht gegeben“, stellte er klar. Der Asyl-Helferkreis ergänzte, dass die Unterbringung nicht menschenwürdig sei.<sup>25</sup>

<sup>25</sup> Siehe: [sueddeutsche.de/muenchen/wolfratshausen/wolfratshausen-buergerversammlung-farchet-mehrzweckhalle-fluechtlinge-polizei-rassismus-1.6318120](https://sueddeutsche.de/muenchen/wolfratshausen/wolfratshausen-buergerversammlung-farchet-mehrzweckhalle-fluechtlinge-polizei-rassismus-1.6318120)

In einem Landratsbericht (Stralsund) führte man die Probleme bei der Unterbringung von geflüchteten Roma auf „*verhaltensbedingte Konflikte*“ zurück. Roma seien mit Mieterpflichten nicht vertraut (Nachtruhe nicht eingehalten, keine Mülltrennung usw.) und deshalb zurück in eine Gemeinschaftsunterkunft gebracht worden, wo Betreuer\_innen ihnen die hiesigen Mieterpflichten erklärt hätten (Lachmann & Sommer, 2022, 25. Oktober). Anwohner\_innen fühlen sich häufig von geflüchteten Roma gestört und bedroht. In Mecklenburg-Vorpommern wurde dies zum Anlass genommen, in einer Flüchtlingsunterkunft einen Wachschatz einzuführen.<sup>26</sup>

In dieser aufgeladenen Stimmung mischen sich verschiedene rechte Gruppierungen mit ansässigen Bürger\_innen, die massive Vorbehalte gegen Geflüchtete haben und versuchen, die Aufnahme von Flüchtlingen zu verhindern. Nicht selten stehen diese Initiativen in direktem oder indirektem Zusammenhang mit antiziganistischen Ressentiments. So wurde z.B. „*nach massiven rassistischen und explizit antiziganistischen Drohungen (...) auf Grund von Sicherheitsbedenken die Unterbringung von Geflüchteten in Leinefelde [Thüringen] ausgesetzt.*“<sup>27</sup> Leser\_innen aus Rastenberg schrieben der Thüringer Allgemeinen, dass es ihnen graue, „*wenn Sinti und Roma demnächst hier untergebracht*“ würden.<sup>28</sup>

<sup>26</sup> Siehe: [nordkurier.de/regional/neubrandenburg/wachschatz-soll-an-neubrandenburger-fluechtlings-unterkunft-fur-ruhe-sorgen-1126703](https://nordkurier.de/regional/neubrandenburg/wachschatz-soll-an-neubrandenburger-fluechtlings-unterkunft-fur-ruhe-sorgen-1126703)

<sup>27</sup> Siehe: [bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/landrat-kuendigt-vertrag-fuer-fluechtlingsunterkunft-kapitulation-des-staates-vo-81773382.bild.html](https://bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/landrat-kuendigt-vertrag-fuer-fluechtlingsunterkunft-kapitulation-des-staates-vo-81773382.bild.html) und [deutschlandfunk.de/sicherheit-gefaehr-det-kreis-eichsfeld-wird-in-leinefelde-doch-keine-halle-mieten-dlf-46419752-100.html](https://deutschlandfunk.de/sicherheit-gefaehr-det-kreis-eichsfeld-wird-in-leinefelde-doch-keine-halle-mieten-dlf-46419752-100.html)

<sup>28</sup> Siehe: [thueringer-allgemeine.de/regionen/soemmerda/article236448671/Schmutziger-Spielplatz-und-Aengste-vor-Sinti-und-Roma-im-Landkreis-Soemmerda.html](https://thueringer-allgemeine.de/regionen/soemmerda/article236448671/Schmutziger-Spielplatz-und-Aengste-vor-Sinti-und-Roma-im-Landkreis-Soemmerda.html)

## Antiziganismus durch Geflüchtete der ukrainischen Mehrheitsgesellschaft

- ▶ Der MIA Sachsen wurde berichtet, dass in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Sachsen in Leipzig untergebrachte Roma mehrfach von anderen Geflüchteten aus der Ukraine diskriminiert, beschimpft und gemieden wurden (MIA Sachsen, S. 3).
- ▶ Ein Sozialarbeiter einer Flüchtlingsunterkunft in Leipzig meldete, dass eine Roma-Familie von anderen Geflüchteten mehrfach ausgegrenzt wurde. Die Familie bestätigte dies. So erlaubten Geflüchtete der Mehrheitsgesellschaft der Mutter nicht, ihre Wäsche in derselben Waschmaschine zu waschen oder am gleichen Tisch zu sitzen. Die Kinder sollten nicht gemeinsam im Hof spielen. Die betroffene Mutter erlitt aufgrund der Vorkommnisse einen Nervenzusammenbruch. Die Sozialarbeiter\_innen zeigten sich solidarisch mit der Roma-Familie. Sie wussten aber nicht, wie sie mit der Situation umgehen sollten.
- ▶ In Köln demonstrierten 50 Ukrainer\_innen vor der Flüchtlingseinrichtung Ostheim mit der Forderung, dass die Stadt sie künftig getrennt von Roma-Geflüchteten unterbringen solle.<sup>29</sup> Solche Segregationstendenzen gab es auch in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Bayern und Sachsen. In Mecklenburg-Vorpommern wurde MIA von geflüchteten ukrainischen Roma berichtet, dass sie von anderen ukrainischen Geflüchteten in der Unterkunft antiziganistisch und herabwürdigend behandelt wurden.

<sup>29</sup> Siehe: [ksta.de/koeln/kalk/ostheim/nach-demo-in-ostheim-koelner-fluechtlingsrat-fordert-aus-fuer-sammelunterkuenfte-361861](https://ksta.de/koeln/kalk/ostheim/nach-demo-in-ostheim-koelner-fluechtlingsrat-fordert-aus-fuer-sammelunterkuenfte-361861)

# ANTIZIGANISTISCHE HANDLUNGEN GEGENÜBER AUS DER UKRAINE GEFLÜCHTETEN ROMA

► Die während ihrer Flucht durch Deutschland erlebten Diskriminierungen gehen für viele aus der Ukraine geflüchtete Roma nahtlos in weitere rassistische Erfahrungen auf der Reise, am Ankunftsort, in den Aufnahmelagern und Erstantkunftsorten sowie beim Kampf um Anerkennung als Kriegsgeflüchtete und um den Aufenthaltsstatus weiter.

Im Folgenden werden die im Rahmen der Recherche, Interviews und Gespräche gesammelten direkten sowie institutionellen und strukturellen antiziganistischen Diskriminierungen zusammengefasst, die in Deutschland ankommende geflüchtete ukrainische Roma erlebten und erleben. Ausgeübt wurden diese von Polizeibeamt\_innen, Mitarbeiter\_innen der Deutschen Bahn, Sicherheitskräften, Dolmetschenden, Verwaltungsangestellten und -beamt\_innen, Sozialarbeiter\_innen, ehrenamtlich Unterstützenden sowie im Gesundheits- und Bildungssektor Beschäftigten. Begründet werden die Handlungen direkt oder indirekt mit den tief verwurzelten antiziganistischen Narrativen über „die Sinti und Roma“, die stehlen und betrügen würden, Sozialleistungen missbrauchen wollten, die keine Kriegsgeflüchteten seien und/oder keine „richtigen“ Ukrainer\_innen.

## Transportwesen, Deutsche Bahn

Ukrainische geflüchtete Roma waren schon bei ihrer Anreise nach sowie Reisen innerhalb Deutschlands immer wieder antiziganistischen Handlungen und Beleidigungen durch Polizeibeamt\_innen, Angestellte von Sicherheitsdiensten und Mitarbeiter\_innen der Deutschen Bahn ausgesetzt. Die ersten antiziganistischen Vorfälle im Transportwesen haben sich schon einige Tage nach Beginn der Fluchtmigration aus der Ukraine nach Deutschland ereignet. Vor allem in Zügen und bei der Ankunft und dem Aufenthalt auf Bahnhöfen der Deutschen Bahn wurde und wird von diversen Vorfällen berichtet, wie die folgenden Beispiele exemplarisch aufzeigen.

► Im April 2022 wurde im ICE 370 von Basel nach Berlin eine Gruppe von 34 in Hanau zugestiegenen, aus der Ukraine geflüchteten Roma sowohl von Bahnmitarbeitenden als auch von Polizeibeamt\_innen diskriminiert. Bereits 30 Minuten nach ihrem Einstieg erfolgte die Durchsage, die Reisenden sollten „aus gegebenem Anlass [es kann davon ausgegangen werden, dass sich dieser Anlass auf die Gruppe der Ge-

flüchteten bezog] ihre Wertsachen bei sich am Körper tragen“.<sup>30</sup> Die Bahnmitarbeitenden sprachen der Gruppe ihren Flüchtlingsstatus ab und forderten aus unerwartlichen Gründen die Polizei an. In der Folge zwangen mehrere bewaffnete Polizeibeamt\_innen, die auch einen Schäferhund mit sich führten, sowie Mitarbeitende des Sicherheitsdienstes der DB die Gruppe der Geflüchteten, in Kassel-Wilhelmshöhe aus dem ICE auszusteigen und führten am Gleis eine Untersuchung durch. Die Bundespolizei bestätigte, sie sei um Unterstützung seitens der Deutschen Bahn gebeten worden, um einen „ausgesprochenen Beförderungsausschluss einer Personengruppe im ICE 370 von Basel nach Berlin“ durchzusetzen – „aufgrund Fahrens ohne Fahrschein sowie aggressiven Betäteln“.<sup>31</sup>

Es existieren keine Informationen darüber, dass auch nur eine Person aus der Gruppe Mitreisende um Geld, Lebensmittel oder Sachgegenstände gebeten, also „gebettelt“ hätte. Mithilfe eines Dolmetschers stellte sich heraus, dass die Mitglieder der Gruppe über ukrainische Pässe und Dokumente verfügten und sich auf dem Weg nach Berlin befanden. Für die Einreise nach Deutschland benötigten sie als Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine kein Ticket, sondern können ihren ukrainischen Pass oder Ausweis vorzeigen. Für die Weiterreise innerhalb Deutschlands benötigten sie ein kostenfreies Ticket, das ihnen erst nach dem Zwangsausstieg nach Angaben der Deutschen Bahn und der Bun-

despolizei in einem Reisezentrum der DB ausgestellt worden sei.<sup>32</sup>

- ▶ In Mannheim haben Mitarbeitende der DB als Roma wahrgenommene Familien mit der Begründung, sie seien keine ukrainischen Staatsbürger\_innen, den Zugang zum Aufenthaltsraum mit Übernachtungsmöglichkeiten für ukrainische Geflüchtete verwehrt. „Solche Menschen“ hätten vor einiger Zeit die „Lounge auf den Kopf gestellt“, den „ganzen Boden verdreckt“, Spenden gestohlen und angeblich weiterverkauft. Einige Helfende und die geflüchteten Roma wurden schließlich von mehreren Polizist\_innen und DB-Sicherheitsmitarbeitenden in Begleitung eines angeleiteten Dobermanns umzingelt. Die Polizeibeamt\_innen kontrollierten zunächst die Ausweise und verwiesen die Familie danach der Räumlichkeiten.<sup>33</sup>
- ▶ In Dresden hatten Polizeibeamt\_innen am 8. April 2022 eine Gruppe alleinerziehender Frauen mit ihren Kindern am Ausstieg aus dem Zug gehindert. Ohne ersichtlichen Grund – die Gruppe hatte Fahrscheine von Prag nach Dresden – wollten die Polizeibeamt\_innen, dass die Gruppe nicht in Dresden aussteigt, sondern nach Berlin reist. Auf Nachfrage erwiderten die Beamt\_innen, sie seien davon ausgegangen, dass die Gruppe nach Berlin weiterreisen wolle. Es bestand kein rationaler oder greifbarer Anlass zu dieser Annahme.<sup>34</sup>

**30** Siehe: [sinti-roma-hessen.de/2022/04/antiziganistischer-vorfall-gegen-gefluechtete-ukrainische-roma/](https://sinti-roma-hessen.de/2022/04/antiziganistischer-vorfall-gegen-gefluechtete-ukrainische-roma/)

**31** Siehe: [hna.de/kassel/kassel-bahnhof-wilhelmshoehe-fluechtlinge-ukraine-sinti-roma-vorwurf-bahn-behandlung-einsatz-polizei-91471573.html](https://hna.de/kassel/kassel-bahnhof-wilhelmshoehe-fluechtlinge-ukraine-sinti-roma-vorwurf-bahn-behandlung-einsatz-polizei-91471573.html)

**32** Siehe: Ebd.

**33** Siehe: [sinti-roma.com/beitraege/stellungnahme-ungleichbehandlung-von-ukrainischen-gefluechteten-mit-romani-hintergrund-am-mannheimer-bahnhof/](https://sinti-roma.com/beitraege/stellungnahme-ungleichbehandlung-von-ukrainischen-gefluechteten-mit-romani-hintergrund-am-mannheimer-bahnhof/)

**34** Siehe: [saechsischer-fluechtlingsrat.de/de/2022/04/21/nach-vorfall-in-dresden-dischutz-fuer-romnja-aus-der-ukraine/](https://saechsischer-fluechtlingsrat.de/de/2022/04/21/nach-vorfall-in-dresden-dischutz-fuer-romnja-aus-der-ukraine/)

- ▶ Im darauffolgenden Monat positionierten sich Polizeibeamt\_innen beim Einfahren des Zuges in Dresden vor einem Wagen, möglicherweise, um die sich dort befindende geflüchtete Roma-Familie am Aussteigen zu hindern. Ehrenamtliche Helfende intervenierten rechtzeitig, indem sie sich vor die Polizeibeamt\_innen stellten und die Ankommenden aus dem Zug begleiteten (Bericht Melde- und Informationsstelle Antiziganismus Sachsen, S.2).
- ▶ In Mannheim wurden im April 2022 acht Erwachsene und 16 Kinder aus dem Aufenthaltsraum der Deutschen Bahn geworfen, weil sie Roma waren.<sup>35</sup>

## Polizei und Verwaltung

Es liegen Informationen vor, nach denen geflüchtete Roma-Familien auch mit ukrainischen Reisepässen mehrfach aus dem Aufnahmezentrum Berlin-Tegel zurück zum Hauptbahnhof Berlin geschickt worden sind.<sup>36</sup> Ferner wird berichtet, dass Roma, die – teilweise eher genötigt denn freiwillig – aus Polen weiter nach Berlin flohen, aufgrund von häufig extrem schlechter Behandlung bei der Ankunft, u. a. durch Polizeibeamt\_innen und manchmal inklusive körperlicher Gewalt, nach Polen zurückkehrten. In einigen Fällen warnen geflüchtete ukrainische Roma sich untereinander, „*nicht nach Berlin zu gehen*“, da der Antiziganismus in den Behörden und der lokalen Bevölkerung dort so verbreitet

<sup>35</sup> Siehe: [www.stern.de/gesellschaft/flucht-aus-ukraine--so-werden-roma-in-deutschland-diskriminiert-31767292.html](http://www.stern.de/gesellschaft/flucht-aus-ukraine--so-werden-roma-in-deutschland-diskriminiert-31767292.html)

<sup>36</sup> Siehe: [berliner-zeitung.de/mensch-metropole/flucht-aus-der-ukraine-wir-haben-eine-nachtschicht-am-hauptbahnhof-begleitet-li.229687](http://berliner-zeitung.de/mensch-metropole/flucht-aus-der-ukraine-wir-haben-eine-nachtschicht-am-hauptbahnhof-begleitet-li.229687)

sei.<sup>37</sup> So sind nach vorliegenden Informationen z.B. bis zu 30 Roma täglich auch aus eigenem Willen zum Hauptbahnhof zurückgekehrt, da sie in Tegel nicht ausreichend über ihre Rechte informiert wurden, sich unwillkommen fühlten und zurück in die Ukraine oder weiter nach Polen fliehen wollten.<sup>38</sup>

- ▶ Zahlreiche bekannt gewordene Fälle antiziganistischer Handlungen liegen für den Berliner Hauptbahnhof vor. Hier wurden z.B. geflüchtete Roma-Familien nachts aufgeweckt und aus dem Berliner Bahnhofsbereich vertrieben. Ihnen wurde der Zugang zu Verpflegungs- und Hygieneständen verweigert. Das galt auch für den Zutritt zur Willkommenshalle. Die Sicherheitskräfte brachten hierfür fadenscheinige Rechtfertigungen vor oder beleidigten die Betroffenen rassistisch. Anderen Geflüchteten aus der Ukraine wurde der Zugang nicht verwehrt. Immer wieder mussten Aktivist\_innen und sensibilisierte Helfer\_innen intervenieren, um die Situation zu klären. In der Annahme, sie seien keine „richtigen“ Geflüchteten, wurden die Schutzsuchenden immer wieder aufgefordert, ihre Ausweise vorzuzeigen. Roma-Familien, die im Ankunftszentrum des Berliner Hauptbahnhofs vorsprachen, wurden häufig mit Sicherheitspersonal und Polizeikräften konfrontiert. Sowohl Personal im An-

<sup>37</sup> Siehe: Mirga-Wójtowicz, Elżbieta/Talewicz, Joanna/Kołodziej, Małgorzata (2022) Human rights, needs and discrimination – The situation of Roma refugees from Ukraine in Poland. Report on research and intervention, activities, S.15 f. Auch abrufbar unter: <https://mena.safeguardingsupporthub.org/sites/default/files/2022-11/2022%20Report%20-%20Ukrainian%20Roma%20refugees%20in%20Poland%20-%20EN%20web%20version.pdf>.

<sup>38</sup> Siehe: [berliner-zeitung.de/mensch-metropole/flucht-aus-der-ukraine-wir-haben-eine-nachtschicht-am-hauptbahnhof-begleitet-li.229687](http://berliner-zeitung.de/mensch-metropole/flucht-aus-der-ukraine-wir-haben-eine-nachtschicht-am-hauptbahnhof-begleitet-li.229687)

kunftszenrum als auch andere geflüchtete Ukrainer\_innen äußerten sich gegenüber diesen Familien antiziganistisch. Ihnen wurde vorgeworfen, sie würden sich kriminell verhalten und angeblich Verpflegungsstände leerräumen (DOSTA, S. 12). In einem berichteten Vorfall wollten DB-Sicherheitskräfte nicht zulassen, dass eine neu eingereiste Gruppe aus der Ukraine, die mit bereits ausgestellten Fahrkarten nach Kiel weiterfahren wollte, sich auf Covid testen ließ. Sie verweigerten der Gruppe den Zugang zur Teststation und wollten ihr Hausverbot erteilen. Die Begründung lautete, die Personen hätten keine Absicht weiterzufahren, sondern sie wollten sich im Hauptbahnhof aufhalten. Erst nach einer Intervention durch einen Helfer war die Testung der Familie möglich (DOSTA, S. 12).

- ▶ Eine besondere Beobachtung und Kontrolle von Roma-Geflüchteten erfolgte durch die integrierte Polizeistelle und das Jugendamt in einer bayerischen Massenunterkunft. Dabei patrouillierte die Polizei bewaffnet durch die Halle.
- ▶ Im bayerischen Starnberg wurden innerhalb weniger Tage 60 geflüchtete Roma von einer Notunterkunft zur nächsten transportiert, weil keine diese aufnehmen wollte.<sup>39</sup> Eine leitende städtische Mitarbeiterin in Bayern stigmatisierte die Roma pauschal mit den Worten, dass sie alle kriminell seien und man mit ihnen auch nicht zusammenarbeiten könne.<sup>40</sup>

<sup>39</sup> Siehe: [merkur.de/lokales/starnberg/gilching-ort28732/frey-und-walter-kontern-rassismus-vorwurf-91430320.html](https://merkur.de/lokales/starnberg/gilching-ort28732/frey-und-walter-kontern-rassismus-vorwurf-91430320.html)

<sup>40</sup> Meldung an MIA (Bereitgestellte Information von Madhouse, München).

- ▶ Auch in Baden-Württemberg gab es anti-ziganistische Abweisungen geflüchteter Roma. So berichtet beispielsweise das Roma Büro Freiburg e.V. von Schwarzwaldgemeinden, die keine Roma, sondern nur „echte“ ukrainische Flüchtlinge aufnehmen wollten.<sup>41</sup> Ein im höheren Dienst stehender Mitarbeiter einer Verwaltung in Baden-Württemberg äußerte, dass „*sie in der Landeserstaufnahme Ukrainer bestellt und Roma bekommen hätten*“.
- ▶ Zwischen fünf und zehn Landkreise und/oder Gemeinden in Bayern haben geflüchtete Roma pauschal abgelehnt. Ein Landrat äußerte sinngemäß, dass „*sie Geflüchtete aufnehmen, nicht aber Hunde und Roma*“.<sup>42</sup>

## Unterbringung und Zugang zu Wohnraum

Während die meisten Ukrainer\_innen der Mehrheitsgesellschaft in kürzester Zeit von Teilen der deutschen Bevölkerung mit großem Enthusiasmus aufgenommen wurden, sind Roma bis heute gezwungen, in schlecht ausgestatteten Turnhallen und Messehallen auszuhalten. Dokumentiert ist die Diskriminierung von aus der Ukraine geflüchteten Roma im Hinblick auf deren (Erst-)Unterbringung, Verteilung und den Zugang zu Wohnraum. Hier werden die Schnittstellen zwischen individuellem, institutionellem und strukturellem Antiziganismus besonders deutlich, ebenso wie die doppelt erfahrene Diskriminierung durch die deutsche sowie die ukrainische Mehrheitsgesellschaft.

<sup>41</sup> Siehe: [roma-buero-freiburg.eu/aktuelles/ukraine-krieg-flucht-und-ankommen-aus-roma-sicht-juni-2022/](https://roma-buero-freiburg.eu/aktuelles/ukraine-krieg-flucht-und-ankommen-aus-roma-sicht-juni-2022/)

<sup>42</sup> Bereitgestellte Information des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Bayern.

So kam und kommt es in den Flüchtlingsunterkünften immer wieder zu direkten antiziganistischen Vorfällen sowohl durch Beschäftigte und ehrenamtliche Helfer\_innen im deutschen Hilffssystem als auch durch Ukrainer\_innen der Mehrheitsgesellschaft. Ferner führen der institutionelle und der strukturelle Antiziganismus zu Ungerechtigkeiten bei der Verteilung, Separationen in der Unterbringung sowie einem erschwerten bis fast unmöglichen Zugang zu Wohnraum.

Die Folge ist, dass viele Roma in Massen- oder Containerunterkünften bzw. in häufig schlecht ausgestatteten, von der Mehrheitsgesellschaft separierten Unterkünften mit limitiertem Zugang zu Unterstützungsangeboten und Beratung verbleiben.<sup>43</sup> Selbst Wohnungsangebote bei Wohnungsüberangebot werden zurückgezogen, wenn Vermietende erfahren, dass es um Roma-Geflüchtete geht wie beispielsweise in Bayern, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Aufgrund des Drucks durch die Umgebung und der schlechten strukturellen Bedingungen für geflüchtete Roma sind diese häufig gezwungen, die ihnen zugewiesenen Unterkünfte zu verlassen. Teilweise kehren sie sogar in das ukrainische Kriegsgebiet zurück.

### Verteilung und Unterbringung

- ▶ In einem Landkreis Thüringens wurden dutzende aus der Ukraine geflüchtete Roma – Frauen und Kinder – in einem alten Ferienhaus untergebracht. Für die Familien wurden weder Ausstattung noch sozialdienstliche Betreuung und Dolmetscher\_innen zur Verfügung gestellt. Die Familien beschwerten sich darüber, keinerlei Unterstützung zu erhalten. Nach einiger Zeit verließen sie die

<sup>43</sup> Siehe: [samerbergernachrichten.de/ukraine-fluechtlinge-zwei-sporthallen-werden-geraeumt/](https://samerbergernachrichten.de/ukraine-fluechtlinge-zwei-sporthallen-werden-geraeumt/)

Einrichtung auf eigene Faust wieder. Ihr Verbleib ist unbekannt.

- ▶ In einer Unterkunft für Geflüchtete in Bayern, der größten Massenunterkunft für ukrainische Geflüchtete, lebten von Ende März bis Mai 2022 zeitweise bis zu 2000 geflüchtete Roma aus der Ukraine, die nach Schätzungen bis zu 80 % der dort untergebrachten Menschen ausmachten, unter unhaltbaren Umständen. Die meisten von ihnen waren Frauen und mehr als 50 % Kinder.<sup>44</sup> Für die meisten der in der Messehalle aufgenommenen Ukrainer\_innen der Mehrheitsbevölkerung war diese nur ein Zwischenstopp und sie kamen innerhalb weniger Tage in dezentralen oder privaten Unterkünften unter. Die Roma jedoch verblieben in der weit abgelegenen Messehalle mit schlechter Infrastruktur. Die nächste U-Bahn-Haltestelle von der Messehalle Riem, durch die der Hauptbahnhof in 20 Minuten erreichbar war, lag 1,5 Kilometer entfernt. Für kleine Kinder und insbesondere schwangere Frauen stellte dies eine große Hürde dar. So musste eine hochschwangere Frau, die kurz vor der Entbindung stand, diesen Weg mit ihren weiteren Kindern auf sich nehmen.<sup>45</sup>
- ▶ In einer von einem bekannten Träger betriebenen Unterkunft in Nordrhein-Westfalen waren 67 Roma, davon 30 bis 40 Kinder, unter nicht haltbaren Bedingungen untergebracht. Die Trennwände waren lediglich

<sup>44</sup> Siehe: [migazin.de/2022/05/31/antiziganismus-systematische-benachteiligung-roma-gefluechteter/](https://migazin.de/2022/05/31/antiziganismus-systematische-benachteiligung-roma-gefluechteter/)

<sup>45</sup> Nach Angaben des Verbands Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Bayern sind Hunderte von Roma-Geflüchteten, die in der Messehalle Riem untergebracht waren, nach einiger Zeit spurlos verschwunden, ohne dass die Verwaltung wusste, wohin sie gegangen sind. Laut einer interviewten Mitarbeiterin einer Beratungsstelle weiß man von einigen, dass sie trotz des Krieges in die Ukraine zurückgegangen sind.

mit Stoffen bespannt, es gab keine Waschmaschinen und keine eigenen Kochmöglichkeiten. Weder Spielmöglichkeiten noch der Zugang zu Schule oder Kita waren für die Kinder gegeben. Die Bewohner\_innen wurden vom Sicherheitspersonal „rüde und diskriminierend angesprochen“. Es kam außerdem zur ungerechtfertigten Inobhutnahme eines Säuglings und von fünf Kindern sowie der falschen Verdächtigung auf Menschenhandel/Prostitution mit polizeilicher Ermittlung.<sup>46</sup>

- ▶ Eine engagierte Person in einer mittelgroßen Stadt wurde in eine Flüchtlingsunterkunft gerufen, in der laut Aussage der Betreiber ausschließlich Roma-Geflüchtete aus der Ukraine untergebracht sind, die alle einer Familie angehören. Im Vorgespräch reproduzierten Leitung und Team sämtliche Klischees: Die Familie sei unzivilisiert, dreckig, ungebildet, respektlos und einige würden klauen. Ständig gäbe es Polizeikontakt. Sie hätten viele Kinder, aber keine Erziehungsmethoden und keine Struktur. Die Kinder würden nicht zur Schule gehen, und die Sozialarbeitenden müssten nicht nur Mutter für die Kinder, sondern auch für die Eltern sein. Sie würden die Familie gerne in getrennten Wohnungen unterbringen, damit sie sich „besser integrieren“. Als die Familie dazu kam, versuchte die unterstützende Person, mit ihr auf Romanes zu sprechen, was diese aber nicht verstand. Im Gespräch mit Hilfe einer Ukrainisch-Übersetzerin stellte sich heraus, dass es sich gar nicht um Roma handelte. Die Familie bezeichnete sich als ukrainisch und die Zuschreibung als Roma war ihnen offenbar von der ukrainischen Mehrheitsgesellschaft auferlegt worden. Die Familie erklärte, dass sie keine spezi-

fische Betreuung wünsche, sondern normal behandelt werden möchte.

- ▶ Die Bewohner\_innen leiden in den Flüchtlingsunterkünften nicht nur unter fehlender Privatsphäre und schlechten hygienischen Bedingungen. Hinzu kommen Meldungen über einen nicht ausreichenden Brandschutz. Im Juni 2023 starb ein Kind bei einem Brand in einem Apoldaer Flüchtlingsheim in Thüringen. Mindestens elf Menschen wurden verletzt. Nach Angaben der Polizei soll ein technischer Defekt den Brand ausgelöst haben. Der neunjährige Junge, der starb, wurde in den meisten Medienberichten als „ukrainisches Kind“ bezeichnet, anstatt auch darauf hinzuweisen, dass er ein Rom war.<sup>47</sup>

## Zugang zu Wohnraum

- ▶ Der MIA Sachsen wurde aus einer Erstaufnahmeeinrichtung in Dresden gemeldet, dass Geflüchtete der Mehrheitsgesellschaft, die teilweise erst nach einer Roma-Familie angekommen waren, schnell in Wohnungen bzw. private Unterkünfte vermittelt wurden, die Familie selbst jedoch in der Einrichtung verbleiben musste. Auch wenn nicht geklärt werden konnte, inwieweit dies möglicherweise mit der Verfügbarkeit von adäquatem Wohnraum gemäß der Personenanzahl der Familie zusammenhing, bleibt festzustellen, dass die Familie keinerlei Informationen diesbezüglich erhielt. Die Familie ist wieder in die Ukraine zurückgekehrt (MIA Sachsen, S. 3).
- ▶ Im Landkreis Görlitz war eine Roma-Familie zunächst in einer Pension untergebracht

<sup>46</sup> Siehe: [nw.de/lokal/bielefeld/mitte/23294234\\_Heftige-Kritik-am-Umgang-mit-Fluechtlingen-in-Bielefelder-Unterkunft.html](https://www.nw.de/lokal/bielefeld/mitte/23294234_Heftige-Kritik-am-Umgang-mit-Fluechtlingen-in-Bielefelder-Unterkunft.html)

<sup>47</sup> Siehe: [zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-06/apolda-fluechtlingsunterkunft-brand-technischer-defekt](https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-06/apolda-fluechtlingsunterkunft-brand-technischer-defekt)

worden. Sie musste diese aber bereits nach einer Nacht aufgrund von Beschwerden anderer Gäste verlassen, ohne dass der Pensionsinhaber allen Beteiligten Gehör schenkte. Auch die darauffolgende private Unterbringung wurde durch die Gastgeber\_innen aufgrund „zu großer kultureller Unterschiede“ beendet. Eine Klärung des Konflikts wurde durch das Verhalten der Dolmetscherin erschwert, die äußerte, die Leute seien „böse“. Eine Unterstützende hatte den Eindruck, dass die Dolmetscherin nicht vollständig und in einem aggressiv-feindlichen Ton übersetzte, der von der Sprecherin nicht intendiert war (MIA Sachsen, S.4).

- ▶ Der MIA in Sachsen wurde im Jahr 2023 gemeldet, dass eine aus der Ukraine geflüchtete Romni mit ihrem Kind eine Wohnung suchte. Sie wurde von einer ehrenamtlichen Dolmetscherin zu einem Besichtigungstermin in einer Wohnung bei einer kommunalen Wohnungsgenossenschaft begleitet, für die mit einer Anzeige Mieter\_innen gesucht wurden. Die Romni verfügte über einen Wohnberechtigungsschein. Dennoch bekam sie von der Wohnungsgenossenschaft die Aussage, die Wohnungen seien nicht mehr frei. Gleichzeitig blieb die Wohnungsanzeige jedoch aktiv. Bei einer Besichtigung äußerte die Mitarbeiterin der Wohnungsgenossenschaft: „*Sie bekommen die Wohnung sowieso nicht.*“

## Anerkennung und Zugang zu Sozialleistungen

Sowohl institutionell als auch individuell hält sich in vielen Verwaltungsbehörden das hartnäckige Gerücht, geflüchtete ukrainische Roma seien keine „echten“ Geflüchteten. Sie wollten sich nur Sozialleistungen erschleichen und/oder seien gar nicht aus der Ukraine geflüchtet bzw. keine Ukrainer\_innen oder hätten eine ukrainisch-ungarische Doppelstaatsbürgerschaft. Diese Vorannahmen und Überzeugungen führen immer wieder dazu, dass Ausweisdokumente von geflüchteten Roma, sobald sie diese bei entsprechenden Stellen vorlegen, angezweifelt oder nicht anerkannt werden, ihnen die Anerkennung und somit der ihnen laut Richtlinie 2001/55/EG zustehende Zugang zu Sozialleistung erschwert oder verwehrt wird.

- ▶ Die Gültigkeit der Ausweisdokumente von 57 ukrainischen geflüchteten Roma wurde in Bayern nicht nur in Frage gestellt, sondern tatsächlich nicht anerkannt. In öffentlichen und medialen Diskursen wurde behauptet, es hätten keine Pässe vorgelegen, die Identität sei somit nicht nachprüfbar gewesen.<sup>48</sup>
- ▶ In Bayern müssen Familien, die nur mit einer Geburtsurkunde ihrer Kinder angereist sind und keinen Pass haben, die Urkunde beglaubigt übersetzen lassen. Erst danach können sie eine Fiktionsbescheinigung beantragen, welche die Grundlage für Sozialleistungen ist. Für Mütter mit mehreren Kindern stellt diese Handhabung nicht nur eine bürokratische Hürde, sondern auch eine finanzielle Belastung dar. Damit haben die Kinder

<sup>48</sup> Interview: Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Bayern und [focus.de/politik/probleme-mit-grossfamilien-kleinstadt-aus-sinti-und-roma-wirbel-um-heim-fuer-ukraine-fluechtlinge-in-muenchen\\_id\\_80658952.html](https://focus.de/politik/probleme-mit-grossfamilien-kleinstadt-aus-sinti-und-roma-wirbel-um-heim-fuer-ukraine-fluechtlinge-in-muenchen_id_80658952.html)

weder Sozialleistungen noch einen Aufenthaltstitel. Den betroffenen Familien kann im Einzelfall nur durch Beratung und Spendengelder geholfen werden.<sup>49</sup>

- ▶ Aus der Ukraine geflüchtete Roma-Familien berichteten gegenüber einer Beratungsstelle in Bayern, dass sie vor allem für ihre Kinder keine Leistungen erhalten hätten. Nachforschungen zeigten, dass sich sowohl in einem Kreis ehrenamtlicher Unterstützer\_innen als auch innerhalb der zuständigen Verwaltung erzählt wurde, dass einzelne der betroffenen Mütter für das gleiche Kind mehrmals unrechtmäßig Leistungen beantragt und somit Sozialmissbrauch betrieben hätten.<sup>50</sup>
- ▶ In Sachsen äußerten sich in der Koordination der Hilfemaßnahmen ehrenamtlich Tätige abfällig über die anwesenden aus der Ukraine geflüchteten Roma und meinten, diese seien keine Ukrainer\_innen und hätten keinen Anspruch auf Unterstützung (MIA Sachsen S. 4).
- ▶ Ein Sozialarbeiter eines großen sozialen Trägers in Brandenburg behauptete, dass geflüchtete Roma aus der Ukraine sich überall

**49** Interview mit Mitarbeiterin einer Beratungsstelle in Bayern.

**50** Hier gibt es Überschneidungen zum Vorwurf des Leistungsmissbrauchs bei EU-Bürger\_innen, auf die der Monitoringbericht zur Umsetzung der EU-Rahmenstrategie und die Studie der UKA zur Diskriminierung von EU-Bürgern hinweisen: Vgl. [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/bericht-unabhaengige-kommission-Antiziganismus.pdf;jsessionid=2B304A712885C11140D6155B-7F73D3BF.2\\_cid287?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/bericht-unabhaengige-kommission-Antiziganismus.pdf;jsessionid=2B304A712885C11140D6155B-7F73D3BF.2_cid287?__blob=publicationFile&v=3), S.397. Siehe auch: <https://zentralrat.sintiundroma.de/wp-content/uploads/2019/11/monitoring-iii-internet-1.pdf>, S.23.

registrieren ließen, um mehrfach Leistungen zu erhalten.

- ▶ Eine in einer Leipziger Unterkunft für Geflüchtete untergekommene Familie berichtete, dass sie an mehreren Ausgabestellen für Lebensmittel- und Kleiderspenden zunächst abgewiesen wurde, weil ihr nicht geglaubt wurde, tatsächlich aus der Ukraine geflüchtet zu sein. Ihnen wurde vorgeworfen, sich die Spenden erschleichen zu wollen. Erst nachdem die Ausgebenden sich bei der Unterkunft und beim Romano Sumnal e.V. bestätigen ließen, dass es sich wirklich um Geflüchtete aus der Ukraine handelt, erhielt die Familie Zugang zu Spenden. Aus diesem Grund verbrachte die Familie mit mehreren kleinen Kindern den ersten Tag in Leipzig ohne Versorgung mit Lebensmitteln oder Mahlzeiten (MIA Sachsen. S. 3).

## Antiziganismus in der Sozialen Arbeit

Auch zu weiteren Hilfs- und Dienstleistungen erhielten und erhalten aus der Ukraine geflüchtete Roma häufig nur erschwerten, teilweise keinen Zugang. Zahlreiche Meldungen an die Meldestelle MIA sowie Selbstorganisationen der Sinti und Roma zeigen, dass antiziganistische Vorurteile auch vor im Hilffssystem beschäftigten bzw. agierenden Sozialarbeiter\_innen und ehrenamtlichen Helfer\_innen nicht Halt machen und geflüchtete Roma auch von diesen Personen Ablehnung und Benachteiligung erfahren.<sup>51</sup>

**51** Diese Vorfälle zeigen, dass auch im Umgang mit geflüchteten Roma aus der Ukraine ein „spezifischer sozialarbeiterischer Antiziganismus“ existiert, auf den sowohl der UKA-Bericht als auch der Monitoringbericht zur Umsetzung der EU-Rahmenstrategie hingewiesen haben.

So behaupteten beispielsweise in einer Massenunterkunft eingesetzte Pädagog\_innen, dass „alle [Roma] Krätze und Läuse“ hätten. Die Pädagog\_innen „warnten“ sich gegenseitig vor dem Kontakt. Über weitere Helfer\_innen wurde berichtet, sie ekelten sich vor Roma. Von einer Flüchtlingsunterkunft in Bayern ist bekannt, dass deren Fachberater\_innen durchgehend den Terminus „Zigeuner“ verwenden. Und in Freiburg halten sich Diskurse in Sammelstellen, Kleider-, Essens- und Möbelkammern hinsichtlich geflüchteter Roma als „undankbare und aggressive“ Personen, welche die Angebote für ihre „Geschäftemacherei“ ausnutzen und betrügen würden.<sup>52</sup>

Diese offen antiziganistischen Diskurse münden dann in Diskriminierungen, die im Folgenden exemplarisch dargestellt werden.

- ▶ Aus unterschiedlichen Standpunkten in Bayern wurden MIA antiziganistische Vorfälle gegenüber Kindern gemeldet. So weigerten sich Ehrenamtliche, mit den Kindern aus Roma-Familien zu arbeiten oder zu spielen. Spielgeräte, die für ukrainische Kinder zur Verfügung standen, wurden Roma-Kindern nicht bereitgestellt bzw. mit Begründungen wie „die Kinder sind zu wild“ weggenommen. Die Kleiderausgabe wurde nach einer Zeit eingestellt und Hausaufgabenhilfe sowie allgemeine immaterielle Unterstützungsleistungen den Kindern aus Roma-Familien nicht angeboten. Die Kinder wurden mit Sätzen wie „Für Roma-Kinder mache ich keine Hausaufgabenhilfe“ offen und pauschal abgelehnt.

<sup>52</sup> Siehe: [roma-buero-freiburg.eu/aktuelles/ukraine-krieg-flucht-und-ankommen-aus-roma-sicht-juni-2022/](http://roma-buero-freiburg.eu/aktuelles/ukraine-krieg-flucht-und-ankommen-aus-roma-sicht-juni-2022/)

- ▶ In Mecklenburg-Vorpommern weigern sich einige Beratungsstellen, Roma zu betreuen, da „man mit Roma auf keinen Fall arbeite“.<sup>53</sup> Eine Sozialarbeiterin berichtete, dass in den Beratungsstellen eingesetzte Helfende aus südosteuropäischen Ländern, wo Antiziganismus ebenfalls verbreitet ist, die schroffen Abweisungen von ukrainischen Roma-Geflüchteten teilweise verstärkten. So erhielten diese weder Beratung noch umfassende Informationen. In einem Fall habe eine Sozialarbeiterin eine Familie derart bedroht, dass insbesondere das älteste Familienmitglied unter Todesangst litt. Der verantwortliche Vorgesetzte wurde diesbezüglich informiert, es wurden jedoch keinerlei Konsequenzen gezogen.
- ▶ Ein leitender Angestellter einer Flüchtlingsunterkunft in Mecklenburg-Vorpommern beleidigte eine als Flüchtlinge anerkannte ukrainische Roma-Familie mit den Worten: „Das ist eine Zigeuner-Familie aus Rumänien“ und „die nutzen uns hier nur aus“.

## Gesundheitsversorgung und Schulwesen

MIA liegen keine direkten Meldungen hinsichtlich der Diskriminierung von aus der Ukraine geflüchteten Roma beim Zugang zur regulären staatlichen Gesundheitsversorgung vor. Einzelpersonen oder Familien, deren Ausweispapiere noch nicht oder aber erst verzögert anerkannt wurden und die sich teilweise im Asylverfahren befinden, wird hierdurch jedoch automatisch auch der Zugang zur regulären staatlichen Krankenkasse verwehrt, der ihnen nach Richtli-

<sup>53</sup> Laut eines in der Flüchtlingsarbeit aktiven Vereins weigern sich einige Beratungsstellen, Roma zu betreuen.

nie 2001/55/EG, also nach Abschluss des Anerkennungsverfahrens, zusteht.

Im Rahmen der Beschulung aus der Ukraine geflüchteter Roma wurden sowohl direkte Diskriminierung durch Schulpersonal und Lehrer\_innen als auch institutionelle und strukturelle Diskriminierungen im Hinblick auf die Aufnahme in Schulen sowie Schulsegregation gemeldet. Dem liegt häufig die im- oder auch explizite Annahme zugrunde, dass Roma zum einen allgemein kein Interesse an (Schul-)Bildung hätten und schulpflichtige Kinder nur schwer oder gar nicht in den Schulbetrieb und -ablauf integrierbar seien.

### Gesundheitsversorgung

- ▶ Die mangelhafte Ausstattung in einigen der hauptsächlich mit geflüchteten Roma aus der Ukraine belegten Unterkünfte erschwerte die Pflege und Körperhygiene und führte manchmal dazu, dass insbesondere Kinder darunter überproportional litten. So wurden beispielsweise in einer kleineren Unterkunft in Bayern Ende März 2022 die sanitären Anlagen geschlossen. Den Müttern standen für ihre Kinder weder Windeln noch Wickelräume zur Verfügung. Von betroffenen Müttern wurde berichtet, dass in einer Massenunterkunft für Geflüchtete in Bayern zeitweise nur kaltes Wasser zum Duschen verfügbar war.
  - ▶ Aus der Ukraine geflüchtete Roma, die vor der Belegung der Messehalle in München/Riem in unterschiedlichen Turnhallen untergebracht waren, hatten keinen bzw. unzureichenden Zugang zu medizinischer Versorgung. Teilweise wurden hierdurch kranke Menschen mit akutem Behandlungsbedarf nicht oder erst verspätet versorgt.<sup>54</sup> Bekannt
- wurde der Fall eines Kindes, das mit sehr hohem Fieber in der Halle lag; einer Frau mit Diabetes, die seit Wochen kein Insulin bekam und einer Frau, die an einer Herzerkrankung litt und der keine Medikamente zur Verfügung gestellt wurden. Im letztgenannten Fall hatte Hilfspersonal vor Ort lediglich darauf hingewiesen, dass vor einem Arztbesuch ein Behandlungsschein erforderlich sei und in Notfällen ein Rettungswagen gerufen würde. Einen Behandlungsschein zu erhalten, war allerdings in der Praxis aufgrund des Informationsmangels, der Sprachhürden und langer Wartezeiten vor dem zuständigen Amt mit hohen Hürden verbunden. In der Realität erfolgten Interventionen häufig nur dann, wenn Communitydolmetscher\_innen und -berater\_innen, wie beispielsweise bei einem schwerkranken Kind, intervenierten.
- ▶ Mütter schilderten außerdem, dass sie in einer Massenunterkunft für Geflüchtete in Bayern keinen Zugang zu warmem Wasser, Babymilch, warmem Essen, Kleidung, Windeln oder finanzieller Hilfe hatten. Die Verteilung von Decken an Roma wurde durch das Sicherheitspersonal der Messehalle Riem absichtlich zurückgehalten. Einzelne Dinge konnten nach Interventionen vor Ort bereitgestellt werden, der Zugang zu finanzieller Hilfe und Kleidung jedoch nicht.<sup>55</sup>
  - ▶ MIA erhielt Ende 2022 eine Meldung aus einer Flüchtlingsunterkunft in einer Großstadt in Nordrhein-Westfalen, in der Mitarbeiter\_innen sich untereinander absprachen, Roma-Geflüchteten keinen Zutritt zum Wärmezelt zu gewähren, und die Mitarbeiter\_innen davor gewarnt wurden, sich den Roma-Geflüchteten anzunähern, da sie Krankheiten übertragen.

<sup>54</sup> Interview mit einer Mitarbeiterin einer Beratungsstelle.

<sup>55</sup> Ebd.

## Schulwesen

- ▶ Aus Mecklenburg-Vorpommern erhielt MIA die Information, dass eine beachtliche Zahl Kinder von aus der Ukraine geflüchteten Roma-Familien entweder gar nicht oder erst zu einem sehr späten Zeitpunkt in Schulen ihres neuen Aufenthaltsortes aufgenommen wurden. Tatsächlich werden Familien hinsichtlich der Schulpflicht und den Möglichkeiten der Beschulung teilweise nicht beraten und/oder informiert. So wurde MIA beispielsweise im Januar 2023 von einer Beratungsstelle aus Mecklenburg-Vorpommern gemeldet, dass momentan 25 Roma-Kinder nicht zur Schule gingen. Weder informierten die Schulen oder andere öffentliche Stellen die Familien über die beim Schulamt in die Wege zu leitenden Schritte, noch erhielten sie Beratung oder Unterstützung hinsichtlich der Aufnahme in eine Schule.
- ▶ Der Flüchtlingsrat in Mecklenburg-Vorpommern kritisierte gegenüber der Schweriner Volkszeitung im April 2023, dass trotz Schulpflicht immer öfter Flüchtlingskinder nicht unterrichtet werden. Konkret wird von einem Fall berichtet, wonach 56 Kinder seit mehr als vier Wochen nicht unterrichtet werden. Dabei soll es sich um Roma-Kinder aus der Ukraine handeln.<sup>56</sup>
- ▶ Im September 2023 besuchte eine leitende Verwaltungsangestellte eines Bundeslandes eine Flüchtlingsunterkunft, in der vornehmlich geflüchtete ukrainische Roma untergebracht sind. Sie führte ein Gespräch mit der Leitung der Unterkunft und erkundigte sich nach der Situation der Kinder. Sie fragte, ob es für alle Kinder Schulplätze geben würde. Die Leitung sagte abfällig, dass alle „Zigeuner“ seien, die müssten nicht zur Schule.
- ▶ Die Sekretärin einer bayerischen Gemeinde äußerte, dass sie nicht wüssten, ob die Schule noch einmal bereit sei, Roma-Kinder aufzunehmen, da es zuvor schlechte Erfahrungen gegeben habe.
- ▶ In einer Grundschule in Neubrandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, werden zwei Vorklassen mit ukrainischen Geflüchteten-Kindern unterschiedlich behandelt: Während die eine Gruppe in einem kleinen Raum an der Schule betreut wird, ist für rund 20 Roma-Kinder eine Wohnung ca. drei Kilometer von der Schule entfernt zur Verfügung gestellt worden. Die Kinder wurden aus „Kapazitätsgründen“ voneinander getrennt. Das Vorgehen wurde vom Staatlichen Schulamt Neubrandenburg entschieden. Auf Nachfrage an das entsprechende Schulamt antwortete das Bildungsministerium und wies den Vorwurf des Antiziganismus zurück. Die meisten Roma-Kinder seien weder alphabetisiert, noch hätten sie jemals eine Schule besucht, so das Ministerium. Diese Kinder „können nicht optimal gefördert werden, wenn sie gemeinsam mit anderen Schulkindern unterrichtet werden“. Es handele sich „um keine Differenzierung nach Herkunft, es geht ausschließlich um die Differenzierung nach individuellen Schulvoraussetzungen“. Zudem gebe es nach Aussage des Bildungsministeriums keine Hinweise darauf, dass die Wohnung nicht geeignet sei. Andere involvierte Personen sehen das anders: So gibt es in der Wohnung nur eine Toilette für Kinder und Lehrkräfte. Die Tür zum Balkon sei nicht abschließbar. Die Wohnung

56 Siehe: [svz.de/deutschland-welt/mecklenburg-vorpommern/artikel/keine-schule-fuer-fluechtlingskinder-in-mv-44609283](https://svz.de/deutschland-welt/mecklenburg-vorpommern/artikel/keine-schule-fuer-fluechtlingskinder-in-mv-44609283)

liege im zweiten Stock des Gebäudes. Und die gesonderte Beschulung führte zur Isolation der Kinder.<sup>57</sup>

- ▶ Nach Angaben des Flüchtlingsrates Mecklenburg-Vorpommern werden beispielsweise

**57** Siehe: [nordkurier.de/neubrandenburg/konflikte-im-fluechtlingsheim-gibt-es-vereinzelte-1351019101.html](https://nordkurier.de/neubrandenburg/konflikte-im-fluechtlingsheim-gibt-es-vereinzelte-1351019101.html) und <https://katapult-mv.de/artikel/diskriminierung-ukrainischer-schuelerinnen>

se afghanische und syrische Kinder, die in griechischen Flüchtlingscamps gelebt haben und ebenfalls nicht zur Schule gingen, im Unterschied zu Kindern mit tatsächlichem oder zugeschriebenem Roma-Hintergrund in Deutschland nicht gesondert beschult.<sup>58</sup>

**58** Siehe: [ndr.de/fernsehen/sendungen/nordmagazin/Antiziganismus-Vorurteile-und-Andersbehandlung,nordmagazin114776.html](https://ndr.de/fernsehen/sendungen/nordmagazin/Antiziganismus-Vorurteile-und-Andersbehandlung,nordmagazin114776.html)

# HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

## Historische Verantwortung:

Die Mehrheit der ukrainischen Roma sind Nachkommen von Holocaust-Überlebenden und einige wenige Überlebende des Völkermords an Sinti und Roma im NS-besetzten Europa. Sie sind von den Folgen des russischen Angriffskriegs, von strukturellem Antiziganismus und rassistischer Gewalt in der Ukraine betroffen. Die Bundesrepublik Deutschland muss ihrer historischen Verantwortung gegenüber diesen Menschen gerecht werden, wie es der Deutsche Bundestag in seinem fraktionsübergreifenden Entschließungsantrag vom 13.12.2023 (Drucksache 20/9779) betont hat. Geflüchtete Roma müssen von der Bundesregierung als besonders schutzwürdige Gruppe anerkannt werden.

## Doppelte Staatsbürgerschaft:

Die Bundes- und Landesbehörden sollten allen nach Deutschland geflüchteten ukrainischen Staatsbürger\_innen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Aufenthaltsgesetz gewähren. Das muss auch für diejenigen gelten, die eine zweite (EU-)Staatsbürgerschaft besitzen und in keinem EU-Mitgliedsstaat einen Wohnsitz haben. Die Anweisungen durch die Bundes- und Landesbehörden in Bezug auf Doppelstaatsbürger\_innen und Personen, die wegen ihres neuen ukrainischen Passes unter Betrugsverdacht gestellt werden, fördern antiziganistische Ressentiments. Deswegen sollten diese Anweisungen zurückgenommen werden.

## Ende der Segregation und Benachteiligung:

Roma aus der Ukraine dürfen gegenüber anderen geflüchteten Ukrainer\_innen nicht benachteiligt werden. Das gilt vor allem für den Zugang zu Aufenthaltstiteln, Wohnraum, Bildung, Arbeit, Gesundheitsversorgung und Sozialleistungen. Der Schulbesuch der Kinder muss sichergestellt werden. Eine Segregation von Angehörigen der Minderheit bei der Unterbringung und ihr langer Verbleib in Flüchtlingsunterkünften ist menschenunwürdig. Das gilt auch für die Segregation von Kindern in Bildungseinrichtungen. Entsprechende Praktiken müssen beendet werden und für die Zukunft ausgeschlossen sein.

## Unterstützungsprogramme auflegen:

Es müssen Unterstützungsprogramme aufgelegt werden, die dem Profil vieler geflüchteter ukrainischer Roma entsprechen, also Bildungs- und Qualifizierungsprogramme. Als Voraussetzung hierfür müssen die Bedarfe bei Jugendlichen aus der Minderheit erhoben werden. In diesem Zusammenhang sollten auch die Beratungs- und Unterstützungsangebote durch Selbstorganisationen gestärkt werden. Hierfür müssen auch Menschen aus der Zielgruppe qualifiziert und eingestellt werden.

## Fortbildungen und Sensibilisierung für Antiziganismus:

Für Dolmetschende, Mitarbeitende in Flüchtlingsunterkünften, von Ausländerbehörden und von Hilfsorganisationen sind Fortbildungen anzustreben. In deren Rahmen sollte über die Geschichte und die gegenwärtige Situation der Roma in der Ukraine, über den spezifischen Rassismus gegenüber der Minderheit und seine Folgen sowie über die unterschiedlichen sprachlichen Hintergründe der ukrainischen Roma aufgeklärt werden. Ziel dieser Fortbildungen sind die Sensibilisierung für Antiziganismus und die Prävention von Antiziganismus. Behörden und politische Entscheidungsträger\_innen sollten hierbei auf die Expertise der Selbstorganisationen der Sinti und Roma zurückgreifen.

## EU-Beitrittsprozess der Ukraine nutzen, um Rechte der Roma zu fördern:

Die Bundesregierung ist dazu aufgefordert, im Rahmen der Verhandlungen mit der Ukraine über ihren Beitritt zur Europäischen Union der ukrainischen Regierung als Bedingung zu stellen, dass allen Angehörigen der Roma-Minderheit der gleichberechtigte Zugang zu Ausweispapieren, Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum und Arbeit ermöglicht wird. Der EU-Beitrittsprozess sollte darüber hinaus an Fortschritte beim Schutz der Roma vor Diskriminierung und Gewalt und dem entschiedenen Vorgehen der ukrainischen Polizei und Justiz bei der Aufklärung und Verurteilung antiziganistischer Straftaten gekoppelt werden.

# QUELLENVERZEICHNIS

## Dokumente und Primärquellen:

### **Bundesministerium des Innern und für Heimat:**

Umsetzung des Durchführungsbeschlusses des Rates zur Feststellung des Bestehens eines Massenzustroms im Sinne des Artikels 5 der Richtlinie 2001/55/EG und zur Einführung eines vorübergehenden Schutzes. Berlin, 14.03.2022. [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/ukraine/beschluss-4-maerz-2022-ukraine.pdf;jsessionid=779A71DFC-1B58A6E4D17515756B7380F.live892?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/ukraine/beschluss-4-maerz-2022-ukraine.pdf;jsessionid=779A71DFC-1B58A6E4D17515756B7380F.live892?__blob=publicationFile&v=6)

**Deutscher Bundestag:** Antrag der AfD-Fraktion vom 06.04.2022: Aufnahme ukrainischer Kriegsflüchtlinge – Lückenlose und täuschungsfreie Registrierung sicherstellen – Kapazitäten für Kriegsflüchtlinge freisetzen. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/013/2001347.pdf>. Drucksache: 20/1347.

**Europäische Kommission:** Statement von Věra Jourová, Helena Dalli und Olivér Várhelyi zum Internationalen Roma-Tag vom 05.04.2023. [https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/news/international-roma-day-statement-vice-president-jourova-commissioner-dalli-and-commissioner-varhelyi-2023-04-05\\_en](https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/news/international-roma-day-statement-vice-president-jourova-commissioner-dalli-and-commissioner-varhelyi-2023-04-05_en)

**Europäische Kommission:** Ukraine 2023 Report. Brüssel, 8.11.2023. [https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/system/files/2023-11/SWD\\_2023\\_699%20Ukraine%20report.pdf](https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/system/files/2023-11/SWD_2023_699%20Ukraine%20report.pdf)

Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet 1) (Aufenthaltsgesetz – AufenthG) § 82 Mitwirkung des Ausländers.

### **Kreisverwaltungsreferat der Landeshauptstadt**

**München:** Ukraine – Antworten zu häufigen Fragen (FAQ). Februar 2024. [https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:0485ba8f-d262-4971-b2de-8ef7356e8f20/FAQ\\_Ukraine\\_deutsch.pdf](https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:0485ba8f-d262-4971-b2de-8ef7356e8f20/FAQ_Ukraine_deutsch.pdf)

**Mediendienst Integration:** Flüchtlinge aus der Ukraine. Februar 2024. <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyil/ukrainische-fluechtlinge.html>

**Schreiben des Landesministeriums der Justiz und für Migration Baden-Württemberg** an die unteren Ausländerbehörden und an die unteren Aufnahmebehörden. Stuttgart, 25.05.2023. [https://www.justiz-bw.de/site/pbs-bw-rebrush-jum/get/documents\\_E615354568/jum1/JuM/Justizministerium%20NEU/Migration\\_Erlasse/Erlasse%20und%20Anwendungshinweise/JuM%2025.05.2023%20Neuntes%20Hinweisschreiben.pdf](https://www.justiz-bw.de/site/pbs-bw-rebrush-jum/get/documents_E615354568/jum1/JuM/Justizministerium%20NEU/Migration_Erlasse/Erlasse%20und%20Anwendungshinweise/JuM%2025.05.2023%20Neuntes%20Hinweisschreiben.pdf)

## Berichte und Studien:

**Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus:** Perspektivwechsel. Nachholende Gerechtigkeit. Partizipation. Berlin, Juni 2021.

**CAHROM:** CAHROM thematic visit on challenges and best practices in implementing Roma inclusion strategies: Kyiv, Ukraine, 26–28 April 2017. Strasbourg, 2017.

**Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA):** Dokumentation antiziganistischer Vorfälle 2021–2022. Berlin, März 2023.

**End, Markus:** Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit: Strategien und Mechanismen medialer Kommunikation. Heidelberg, 2014.

**European Roma Rights Centre:** Written Comments: For Consideration by the Human Rights Committee at its 129th Session (29th June – 24th July 2020).

[https://www.errc.org/uploads/upload\\_en/file/5242\\_file1\\_ukraine-un-hrc-28-may-2020.pdf](https://www.errc.org/uploads/upload_en/file/5242_file1_ukraine-un-hrc-28-may-2020.pdf)

**Flüchtlingsrat Berlin e.V.:** Kriegsflüchtlinge Ukraine: Einreise, Registrierung, Weiterreise, Aufenthalt, Arbeit, Sozialrecht, Unterkunft, med. Versorgung, Spenden. 08.12.2022. [https://fluechtlingsrat-berlin.de/news\\_termine/ukraine/#120](https://fluechtlingsrat-berlin.de/news_termine/ukraine/#120)

**Greener, Charlotte and de Andrade Costa, Emly:** **Seeking Safety:** Roma Refugees in Moldova – Challenges and humanitarian needs. Oxfam, 26.10.2022.

**Melde- und Informationsstelle Antiziganismus Sachsen:** Bericht zur Diskriminierung von aus der Ukraine geflüchteten Rom\*nja in Sachsen. Leipzig, August 2022.

**Mirga-Wójtowicz, Elżbieta/Talewicz, Joanna/Kołaczek, Małgorzata:** Human rights, needs and discrimination – The situation of Roma refugees from Ukraine in Poland. Report on research and intervention. Heidelberg, September 2022.

**Monitoringbericht zur Gleichbehandlung von Sinti und Roma & zur Bekämpfung von Antiziganismus II:** Antiziganismus in der Verwaltung und in der Sozialen Arbeit. Heidelberg, 2020.

**Romaversitas Foundation:** The situation of Transcarpathian Romani families fleeing from Ukraine to Hungary. Budapest, 2022.

**UNO-Flüchtlingshilfe:** Krieg gegen die Ukraine: Hilfe für Flüchtlinge und Vertriebene. 20.02.2024. <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/ukraine>

**Zentralrat Deutscher Sinti und Roma:** Themenseite: Solidarität und Hilfe für die Ukraine. 07.03.2022. <https://zentralrat.sintiundroma.de/themenseite-solidaritaet-und-hilfe-fuer-die-ukraine/>

## Pressemitteilungen und Stellungnahmen:

**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:** Antiziganismusbeauftragter fordert Gleichbehandlung geflüchteter Roma. Meldung, 29.09.2022. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/antiziganismusbeauftragter-fordert-gleichbehandlung-gefluechteter-roma--202104>

**Bundes Roma Verband:** Der Bundes Roma Verband fordert dringend Verbesserungen zur Situation geflüchteter Roma aus der Ukraine in Deutschland. Stellungnahme, 11.11.2022. <https://www.bundesroma-verband.de/der-bundes-roma-verband-fordert-dringend-verbesserungen-zur-situation-gefluechter-roma-aus-der-ukraine-in-deutschland/>

**Hessischer Landesverband Deutscher Sinti und Roma:** Antiziganistischer Vorfall gegen geflüchtete ukrainische Roma. Pressemitteilung, 11.04.2022. <https://sinti-roma-hessen.de/2022/04/antiziganistischer-vorfall-gegen-gefluechtete-ukrainische-roma/>

**Mirwald, Jakob:** Roma als Bestandteil der ukrainischen Gesellschaft: Eindrücke von einer Konferenz in Berlin. 14.06.2023. <https://www.eaberlin.de/aktuelles/2023/roma-als-untrennbarer-bestandteil-der-ukrainischen-gesellschaft/>

**Saale-Holzland-Kreis:** Kapazitäten des Saale-Holzland-Kreises zur Aufnahme von Geflüchteten sind ausgeschöpft. Presseinformation, 14.07.2022. [https://www.saaleholzlandkreis.de/fileadmin/user\\_upload/Presse/Presseinformationen/Presseinfos\\_2022/2022-07-14\\_Aufnahmestopp\\_SHK.pdf](https://www.saaleholzlandkreis.de/fileadmin/user_upload/Presse/Presseinformationen/Presseinfos_2022/2022-07-14_Aufnahmestopp_SHK.pdf)

**Sächsischer Flüchtlingsrat:** Nach Vorfall in Dresden: Diskriminierung vor und nach der Flucht – Schutz für Rom\*nja aus der Ukraine. Pressemitteilung, 21.04.2022. <https://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/de/2022/04/21/nach-vorfall-in-dresden-diskriminierung-vor-und-nach-der-flucht-schutz-fuer-romnja-aus-der-ukraine/>

**Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Baden-Württemberg:** Ungleichbehandlung von ukrainischen Geflüchteten mit Romani-Hintergrund am Mannheimer Bahnhof. Stellungnahme, 25.03.2022. <https://www.sinti-roma.com/beitraege/stellungnahme-ungleichbehandlung-von-ukrainischen-gefluechteten-mit-romani-hintergrund-am-mannheimer-bahnhof/>

## Blogs, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, TV-Sendungen:

**Abgeordneter in Flüchtlingsunterkunft Riem:** „Wir erzeugen einen möglichen sozialen Brennpunkt“. BILD Online, 03.04.2022.

**Antiziganismus:** Vorurteile und Andersbehandlung. Nordmagazin, 23.01.2024.

**Ayyadi, Kira:** Antiziganistische Stimmung gegen geflüchtete Roma in Thüringen. Belltower.News, 24.10.2022.

**Balbierer, Thomas:** Erneut ausländerfeindlicher Vorfall in oberbayerischem Dorf. Süddeutsche Zeitung, 09.02.2023.

**Bau, Matthias:** Doch, die Polizei verfolgt Ladendiebstähle in Sömmerda. Correctiv.org, 12.08.2022.

**Braun, Oliver:** Vereinzelt gereizte Stimmung vor Flüchtlingsunterkunft. Nordwest-Zeitung, 19.07.2022.

**Ebert, Melissa:** Roma: Das vergessene Volk. Bedrohte Völker – Pogrom, Nr. 298. 01/2017.

**Hagemann, Florian:** Geflüchtete schlecht behandelt? Sinti und Roma erheben Vorwürfe – Bahn kündigt Aufklärung an. Hessische/Niedersächsische Allgemeine, 11.04.2022.

**Heigl, Jana und Maier, Yvonne:** Wie geflüchtete Roma gegen Vorurteile kämpfen. Bayerischer Rundfunk Online, 02.06.2022.

**Helfer auf dem Messegelände** berichten von Ärger durch geflüchtete Roma-Großfamilien. Hannoversche Allgemeine Zeitung, 14.07.2022.

**Hötzelsperger, Anton:** Ukraine-Flüchtlinge: Zwei Sporthallen werden geräumt. Samerberger Nachrichten, 12.05.2022.

**Hoffmann, Adrian:** Probleme in Baden-Württemberg: Einige Roma bekommen zu Unrecht Bürgergeld. Heilbronner Stimme, 02.02.2024.

**Interview mit Erich Schneeberger:** Geflüchtete zweiter Klasse? Bayerische Staatszeitung, 21.11.2023.

**Kaip, Konstantin:** Rassistische Anwürfe gegen Geflüchtete. Süddeutsche Zeitung, 12.12.2023.

**Keim, Karl und Kürthy, Stephan:** „Viele hier haben neue Pässe“: Insiderin über Randalen in Münchner Flüchtlingsheim. BILD Online, 31.03.2022.

**Klaus, Fabian:** Rassistische Entgleisung im Landtag bei Flüchtlingsdebatte. Thüringische Landeszeitung, 10.11.2022.

**Kroha, Michael:** Ärger um Flüchtlinge am Einkaufszentrum Riedle – oder alles nur Vorurteile? Augsburger Allgemeine, 01.12.2022.

**Krüger, Heike:** Heftige Kritik am Umgang mit Flüchtlingen in Bielefelder Unterkunft. Neue Westfälische, 27.06.2022.

**Lachmann, Kai und Sommer, Ines:** Trotz steigender Flüchtlingszahlen: Warum fällt das Yunionior-Hotel in Stralsund als Unterkunft weg? Ostsee-Zeitung, 24.10.2022.

**Landkreistag:** Land soll Flüchtlingsunterkünfte bereitstellen. Zeit Online, 13.07.2022.

**Lill, Tobias:** Behörden in Bayern wittern Sozialbetrug: Werden Geflüchtete jetzt unter Generalverdacht gestellt? Abendzeitung München, 11.12.2023.

**Locke, Stefan:** Hilferuf aus Thüringen: „Kapazitäten zur Flüchtlingsunterbringung sind aufgebraucht“. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.07.2022.

**Peters, Robin:** Konflikte im Flüchtlingsheim? „Gibt es vereinzelt“. Nordkurier, 13.01.2023.

**Pfaller, Susanne:** Peutenhausen: Flüchtlinge fühlen sich nicht mehr sicher. Bayerischer Rundfunk Online, 17.02.2023.

**Pfaller, Susanne und Fleischmann, Tobias:** Festnahmen nach Aktion vor Flüchtlingsunterkunft. Bayerischer Rundfunk Online, 10.02.2023.

**Prahle, Tim:** Wachschutz soll an Neubrandenburger Flüchtlings-Unterkunft für Ruhe sorgen. Nordkurier, 29.07.2022.

**Reißenweber, Uwe:** Nicht-Unterricht für Ukrainer in MV: „Sind keine Einzelfälle mehr“. Schweriner Volkszeitung, 26.04.2023.

**Reumschüssel, Anja:** Sie flohen vor den Bomben nach Deutschland: Am Bahnhof Mannheim schmiss man sie raus. Stern Online, 08.04.2022.

**Riße, Dirk:** Nach Demo in Ostheim: Kölner Flüchtlingsrat fordert Aus für Sammelunterkünfte. Kölner Stadt-Anzeiger, 31.08.2022.

**Rushton, Elizabeth:** Flucht aus der Ukraine: Wie geht es zurück nach Polen? Wer impft meine Katze? Berliner Zeitung, 25.05.2022.

**Rust, Martje:** Diskriminierung ukrainischer Schüler:innen? Vorwurf von Antiziganismus. Katapult, 07.10.2022.

**Schattauer, Göran:** „Nerven liegen blank“: Ärger um Roma-Großfamilien in Heim für Ukraine-Geflüchtete. Focus Online, 08.04.2022.

**Scheler-Stöhr, Danny:** Ukrainische Flüchtlinge: CDU-Mann springt Landrätin zur Seite. Insuedthueringen.de, 21.07.2022.

**Schiebel, Peter:** Landrat und Bürgermeister kontern Rassismus-Vorwurf. Merkur Online, 19.05.2022.

**Schnadwinkel, Andreas:** 40 Personen am Hauptbahnhof gestrandet: Bielefeld schickt ukrainische Roma weiter nach Bochum. Westfalenpost, 06.04.2022.

**Schmutziger Spielplatz und schwaches Funknetz im Landkreis Sömmerda.** Thüringer Allgemeine, 16.09.2022.

**Systematische Benachteiligung ukrainischer Roma-Geflüchteter beklagt.** Migazin, 31.05.2022.

**Technischer Defekt soll Brand in Flüchtlingsunterkunft ausgelöst haben.** Zeit Online, 06.06.2023.

**Thom, Paulina:** Nein, Geflüchtete aus der Ukraine erhalten Sozialleistungen nicht ohne Ausweis. Correctiv.org, 27.01.2023.

**Ukraine-Flüchtlinge:** „Münchner Messe wird zur Kleinstadt von Sinti und Roma!“ Deutschland-Kurier, 04.04.2022.

**Ukraine-Flüchtlinge zurück nach München geschickt:** Heftige Diskussion entfacht – Helfer kritisiert Landratsamt. Merkur Online, 27.05.2022.

**Ukraine Krieg, Flucht und Ankommen aus Roma Sicht – Juni 2022.** Roma Büro Freiburg e.V., 28.06.2022.

**„Video zeigt Flüchtling, der bei seinen Helfern einbricht“.** TV-Sender Welt, 21.01.2023.

**Wagner, Hartmut und Rosenfelder, Lydia:** Landrat kündigt Vertrag für Flüchtlingsunterkunft: Kapitulation des Staates vor anonymen Hetzern? BILD Online, 30.10.2022.

## IMPRESSUM

### Herausgeberin

**MIA | Melde- und Informationsstelle Antiziganismus**

Bundesgeschäftsstelle

Prinzenstraße 84.1

10969 Berlin

E-Mail: [info@mia-bund.de](mailto:info@mia-bund.de)

Telefon: 030 62 86 09 37

Internet: [www.antiziganismus-melden.de](http://www.antiziganismus-melden.de)

### Redaktion

**MIA Bund** in Zusammenarbeit mit **Sozialfabrik e.V.** –  
Organisation für Politikanalyse und Forschung

### Layout

Carmen Janiesch

### Stand

April 2024



Diese Veröffentlichung beruht auf Daten, die im Rahmen eines vom BMFSFJ geförderten Projektes erhoben wurden. Die hier geäußerten Meinungen und Argumente spiegeln nicht unbedingt die offizielle Ansicht des BMFSFJ wider.



## SO KÖNNEN BETROFFENE UND ZEUG\_INNEN ANTIZIGANISTISCHE VORFÄLLE BEI MIA MELDEN:

- ▶ *Über unser Online-Meldeformular:*  
[www.antiziganismus-melden.de](http://www.antiziganismus-melden.de)



- ▶ *Per Anruf, Nachricht und Sprachnachricht unter der Nummer:*

 **+49 179 663 29 54**

*Telefonsprechzeiten:*

**Mo.–Fr. 10.00–12.30 Uhr | 14.00–16.30 Uhr**

- ▶ *Via Social Media:*

 **mia\_bund**

 **MIA**

 **MIA\_Bund**

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages